

Der Grundstein.

Offizielles Wochenblatt für die deutschen Maurer und verw. Berufsgenossen.

Obligatorisches Organ für die Mitglieder des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands

Central-Krankenkasse der Maurer, Gipser (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“.

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche.
Abonnementspreis pro Quartal M. 1 (ohne Bestellgeld),
bei Zusendung unter Kreuzband M. 1,40.

Herausgeber u. verantwortl. Redakteur i. Verw. **F. Paeplow**, Hamburg.
Redaktion und Expedition:
Hamburg 5, Brennerstraße 11, 1. Etage.

Bereins-Anzeigen
für die dreigeplatzete Zeitungs- oder deren Nummer 60 4.
Zeitungss-Preisliste Nr. 8388.

Inhalt: Rechnungsergebnisse der deutschen Unfall-Berufsgenossenschaften für das Jahr 1901. — Wirtschaftliche Rundschau. — Aus dem Reichstage. — Maurerbewegung. — Streiks, Ausberrungen, Maßregelungen, Differenzen. — Jahresberichte der Gewerkschaften: Hamburg, Dresden. — Veranlassungen und sonstige Bewegung. — Zur Lage in Hamburg. — Vom Bau: Unfälle, Arbeiterleiden, Subventionen etc. Geschäftsbericht der Schleifsch-Polierwerke Baugewerks-Berufsgenossenschaft pro 1901. — Baugewerkschaft aus der Schweiz. — Aus anderen Berufen: — Gewerbliche Reichstags- und Arbeitervertretungen. — Protest der Krankenkassen gegen die Krankenversicherungs-Novelle. — Eingegangene Schriften. — Zentralverband der Maurer. — Zentral-Krankenkasse. — Anzeigen. — Rezension: Ueber wissenschaftlichen Materialismus.

Rechnungsergebnisse der deutschen Unfall-Berufsgenossenschaften für das Jahr 1901.

In den Unfallversicherungsgeetzen befindet sich eine Bestimmung welche besagt, daß dem Reichstage alljährlich die gesamten Rechnungsergebnisse der Berufsgenossenschaften nach dem Abschluß eines jeden Rechnungsjahres vorzuliegen sind. Die Nachweisung für das Jahr 1901 ist dem Reichstage Ende Januar d. J. zugegangen. Eine Lebensgeschichte der Arbeiter hat unser Hamburger Parteiorgan diese Nachweise, deren seit Bestehen der Unfallversicherung im Ganzen 17 erschienen sind, nicht mit Unrecht genannt, sie liegen sich doch in den trockenen Zahlen und Tabellen die ungeheuren Opfer wieder, die die deutschen Arbeiter dem Moloeh Kapital an Leben und Gesundheit jedes Jahr bringen müssen. Es ist das freilich nicht der Zweck dieser amtlichen Veröffentlichungen, sondern es soll vielmehr dadurch nachgewiesen werden, in welcher vortrefflicher Weise die herrschende Gesellschaft für die Arbeiter sorgt und wie wohlbestellt es um sie sei. Wie die Nachweisung erkennen läßt, bestand im Jahre 1901 113 Berufsgenossenschaften, 65 gewerbliche und 48 landwirtschaftliche mit 939 Sektionen, 5 191 576 Betrieben und 18 073 147 versicherten Personen. An Entschädigungsbeträgen sind M. 89 092 002,93 und an Kosten der Unfalluntersuchungen und der Feststellung der Entschädigungen, an Schiedsgerichts- und Unfallberühmungskosten sind gezahlt worden M. 5 461 274,77. In den Reservefonds sind vom 15. August 1901 bis dahin 1902 M. 11 174 152,29 eingezahlt worden, so daß im Ganzen M. 115 040 668,04 an tatsächlichen Ausgaben für 113 Berufsgenossenschaften nachgewiesen sind, denen M. 185 975 170,09 an tatsächlichen Einnahmen die letzteren umfassen die von den meisten Berufsgenossenschaften mit umgelegten Betriebsgeldern für das Jahr 1902 gegenüberstellen. Die am Schlusse des Rechnungsjahres verbliebenen Bestände belaufen sich für sämtliche Berufsgenossenschaften auf M. 24 088 213,10, der Gesamtbetrag der Reservefonds auf M. 150 751 053,94. Ferner sind noch für den gleichen Zeitraum bei 478 Ausführungsstellen der Reichs-, Staats-, Provinzial-, und Kommunalbetriebe mit 798 666 versicherten Personen an Entschädigungsbeträgen M. 8 052 888,58, an Verwaltungskosten M. 22 418,36, an Kosten der Unfalluntersuchungen und der Feststellung der Entschädigungen sowie an Schiedsgerichts- und Unfallberühmungskosten M. 182 587,70, im Ganzen M. 8 287 892,64 herausgibt worden. Die Nachweisung für das Jahr 1901, die siebzehnte seit Bestehen der Unfallversicherungsgesetze, läßt ferner erkennen, daß das Jahr 1901 ein Jahr wirtschaftlichen Niederganges war, in welchem die Arbeiter nicht unerhebliche Einbußen an Lohn erleiden mußten. Im Jahre 1901 ist die Zahl der bei den Berufsgenossenschaften versicherten Personen trotz der weiten Ausdehnung der Versicherung auf 6 854 076 gegen 6 829 941 im Jahre 1900 zurückgegangen. Von dem Zuwachs der Bevölkerung konnte nichts in den versicherten Betrieben untergebracht werden, es mußten vielmehr noch 44 818 Arbeiter entlassen werden. Die Zahl der versicherten Betriebe ist dagegen in dem Berichtsjahr 1901 von 478 762 auf 493 578 gestiegen. Es ist wohl anzunehmen, daß die Vermehrung der Betriebe nicht lediglich auf die Errichtung neuer Betriebe zurückzuführen ist, sondern vielmehr darauf, daß eine große Zahl derselben schon im Jahre 1900

bestand, aber nicht mitgezählt worden ist, weil in ihnen nicht regelmäßig 10 Arbeiter beschäftigt wurden oder keine elementare Arbeitskraft in Anwendung kam. Der Umfang des wirtschaftlichen Niederganges im Jahre 1901 dürfte daher weit größer gewesen sein, als obige Zahlen erkennen lassen. Einige Berufsgenossenschaften mit nur Großbetrieben, wie z. B. die Knappschäfts-Berufsgenossenschaft, bezeichneten auch einen Aufschwung. Hier stieg die Zahl der Versicherten von 565 060 auf 607 887. Durchweg einen Rückgang bezeichneten die Berufsgenossenschaften der Textilindustrie, der Eisen- und Stahlindustrie und des Baugewerks. Die Textil-Berufsgenossenschaften geben keineswegs ein zutreffendes Bild der Krise, weil in diesem Erwerbszweig noch viel Hausindustrie vertreten ist, die nicht der Versicherung unterliegt. Ein zuverlässigeres Bild geben schon die acht Eisen- und Stahl-Berufsgenossenschaften. Diese bezeichnen einen Rückgang der Arbeiterzahl von 991 287 auf 944 994. In den hier in Frage kommenden Betrieben waren also 46 293 Arbeiter weniger beschäftigt als im Vorjahre. Rechnet man hierzu die große Zahl der nicht versicherten Grobholzmieße, Schlosser, der Arbeiter der Kleinmetallindustrie, dann wird man wohl nicht zu weit an der Wirklichkeit vorbeischießen, wenn wir behaupten, daß von den im Jahre 1900 beschäftigten Metallarbeitern 1901 rund 100 000 arbeitslos waren. Ein noch genaueres Bild geben die Baugewerks-Berufsgenossenschaften, da hier die Versicherung auf alle Arbeiter Anwendung findet. Hier bezeichneten zwei Berufsgenossenschaften einen Aufschwung, und zwar ist bei der Magdeburger die Zahl der Versicherten von 45 781 auf 46 865, und bei der Hiesigen-Massafischen Berufsgenossenschaft von 76 194 auf 79 080 gestiegen. Diesem Arbeiterzuwachs von 4110 Köpfen steht aber bei den übrigen zehn Baugewerks-Berufsgenossenschaften eine Reduktion der Arbeiter von 64 433 Köpfen gegenüber, so daß bei allen zwölf Baugewerks-Berufsgenossenschaften 1901 nur 1 098 600 Arbeiter gegen 1 156 923 im Vorjahre versichert waren. 1901 waren also in Deutschland 60 823 Bauarbeiter weniger beschäftigt als im Vorjahre. Der Lohnausfall, den die Arbeiter gehabt haben, ist aus den mitgetheilten angerechneten, wönnen nicht zu erfassen, weil in dieser Beziehung das Jahr 1901 mit den Vorjahren nicht vergleichbar ist. In den Vorjahren wurden vom Lohn eines jeden Arbeitstages M. 4 voll und der Lebenslohn mit einem Drittel in Anrechnung gebracht, während seit dem 1. Oktober 1900 von den Jahreslöhnen M. 1500 voll angerechnet werden müssen. Die Lohnziffern sind daher völlig unvergleichbar. Zeigen die Zahlen der Versicherten einen Rückgang, so fällt dieses doppelt schwer in's Gewicht, weil am 1. Oktober 1900 die Novelle zum Unfallversicherungsgesetz in Kraft trat, wodurch eine nicht unerhebliche Ausdehnung der Versicherung eintrat. Alle Betriebe, die bis dahin nur stellweise versichert waren, wurden nun in vollem Umfange in die Versicherung einbezogen. Die Wirkungen dieser Neuerung traten erst 1901 voll in der Erscheinung. Bei gleichbleibender Arbeiterzahl in den Betrieben hätte die Zahl der Versicherten erheblich steigen müssen. Hieraus ist bei vielen Berufsgenossenschaften die bemerkte Steigerung zurückzuführen.

Wirtschaftliche Rundschau.

(Aus dem „Korrespondenzblatt der General-Kommission“).
Günstigere Anzeichen und gegenseitige Beobachtungen. — Preussische Regierung und Aktionäre bei der Eisenbahn-Versaatzung. — Neue Verstaatlichungen in Oesterreich. — Die Genemigung des Panamanal-Vertrags in Amerika. — Der internationale Weltmarkt.
Sollte wirklich eine dauernde stärkere Aufwärtsbewegung begonnen haben? Der preussische Handelsminister Müller glaubt, anlässlich der Beratungen des deutschen Handelskongresses, den Anfang einer Metallkriseperiode zu sehen, wobei er freilich gleich hinzusetzt, es bleibe allerdings zu beachten, daß wohl noch eine längere Zeit bestehen könne, bis wir uns in den Wägen eines ruhigen stetigen Fortschritts bewegen. Bei einzelnen Verbrauchszweigen denkt man nach vielen Anzeichen auf eine nicht unbedeutende Ertragssteigerung rechnen zu können. Aus der Eisenindustrie berichtet man überraschend günstige Nachrichten. Der Salpetermineralien in Mexiko soll sogar seine Ausfuhrfähigkeit einbüßen wollen — Manche

haben in der Nachricht freilich nur ein Mandat zur Erzielung höherer Inlandspreise sehen wollen. In den Vereinigten Staaten ist wieder eine Verabigung und Erleichterung des Geldmarktes eingetreten und damit überall größeres Vertrauen zurückgekehrt.
So regt sich wieder auf allen Seiten der Optimismus. Auf dem Industriemerkte der Werte, besonders in den Montanwerten, kam diese Stimmung beutlich zum Ausdruck. Entspricht sie einer tiefer weichen, allgemeinen Wirtschaftsstimmung oder ist es nur die kurzfristige Belebung jedes Frühjahr, oder irgend eine rasch vergehende Zufälligkeit, die hier zu Tage tritt?
Zweifellos legen die Thatfachen eine günstigere Auffassung nahe. In Rheinland-Westfalen sind mehrere vor zwei Jahren stillgelegte Höchfen wieder in Thätigkeit gesetzt worden; die Betriebe für Erzeugung von Eisen-Halbfabrikaten werden wieder als volleschäftigt bezeichnet. Die Walzwerke sollen eine entschiedene Steigerung der Nachfrage nach Stab- und Bandisen verzeichnen; auch in Krügen sei das Geschäft viel lebhafter als im Vorjahre. Abbrunnmalwerke, Eisengießereien und Konstruktionswerkstätten sollen reichliche Aufträge, wenn auch noch bei bescheidenen Preisen, zu bezeichnen haben. Die deutsche Kohlenproduktion stand im Januar und dann abermals im Februar höher als im Vorjahre. Nach solchen erschienenen amtlichen Angaben betrug im Februar die Produktion ganz Deutschlands an Steinkohlen 8 947 682 To. (gegen 8 182 290 To. im Februar 1902), an Braunkohlen 2 488 182 To. (im Vorjahre 3 295 976), an Roark 639 697 To. (im Vorjahre 674 732), an Briketts und Holzpreßsteinen 768 029 To. (678 719). Das wäre also bei allen Sorten eine Steigerung, zum Theil keine unbedeutende. Auch der in so viele Produktionszweige eingetretene Holzhandel zeigt in der Verwertung seiner Waaren fortgesetzt eine günstige Meinung.
Doch fehlt es auch an gegentheiligen Beobachtungen und Anzeichen keineswegs.
Auf die Auswanderungsziffern wollen wir dabei gar keinen besonderen Nachdruck legen; denn vor z. B. im Februar auswandert, hat sich nicht erst im Februar dazu entschlossen, sondern er ist das Produkt einer viel früheren Mißrede, die den Auswanderungsgeanken langsam in ihm weckte und auch dann weiter zur Ausführung bringen läßt, wenn die ersten Sommerfeiertage sich wieder zu nähern beginnen sollten. Vorläufig wächst in der That der Auswanderungsstrom weiter an. Es wanderten im Februar d. J. nach amtlicher Zusammenstellung 1769 Deutsche aus, gegen 1530 im Februar 1902 und 915 im Februar 1901, also in diesem Jahre 922 mehr als im vorigen. Von den Auswanderern gingen 887 (637) über Bremen, 617 (619) über Hamburg und 815 (824) über fremde Häfen. Seit Beginn des laufenden Jahres bis Ende Februar sind im Ganzen 8125 Deutsche ausgewandert, gegen 2786 im gleichen Zeitraum 1902 und 1578 im gleichen Zeitraum 1901. Hiernach hat die Auswanderung gegenüber dem Vorjahr um 289 Personen oder 14,2 p. h. zugenommen, wobei noch zu berücksichtigen ist, daß die Auswanderung über fremde Häfen im laufenden Jahre noch nicht vollständig angefallen ist.
Wendiger ist es schon, was aus Rheinland-Westfalen über die Verflechtung des Abganges von Gas- und Magerkohlen, über Entlegung neuer Feuerstätten, über Kohlenbrücken gemeinelt wird. Aus Oberhessen wird berichtet, die Nachfrage nach Steinkohlen genüge bei Weitem nicht, um die Förderung abzugeben; es müßten überall Kohlen gestürzt und Feuerstätten eingeführt werden. Zugleich sieht man hier mit einem gewissen Grauen, wie schnell überall die Leistungsfähigkeit der bestehenden und die Zahl der neuen Anlagen vernehmt wird. Besonders das sächsische Gebiet Oberhessens wird immer stärker aufgeschlossen. Was bedeutet ein geringer Mehrbedarf gegenüber dieser nicht sich erhebenden Produktionsfähigkeit?
Sehr lehrreich war der bisserige Verlauf der letzten preussischen Verstaatlichungsaktion. Gewerkschaftliche Lohnsätze sind der starken autoritären Staatsverwaltung immer sehr gleichgültig oder gar ein Hindernis, vor den Forderungen von Aktiengesellschaften und Kapitalisten, welche sie jedoch jederzeit interimschäftig zurück. So verlangten die Aktionäre der Dortmund-Erkathener Eisenbahn 11 1/2 p. h. mehr, als das Angebot seitens des Staates betrug; rasch entschloß sich der Minister, den um rund zwei Millionen höheren Kaufpreis zu bewilligen. Dadurch füllte sich sofort auch die Generalversammlung der Westlau-Warschauer Eisenbahn zu höheren Forderungen ermuntert; sie lehnte die Staatsofferte ab, obgleich der Eisenbahnminister mitgeteilt hatte, daß eine Aufbesserung der Offerte nicht eintreten werde; die Aktionäre schienen sich auch hier ihrer Sache ziemlich sicher zu fühlen. Die Ostpreussische Südbahn hat mit einem Male eine überraschend günstige Dividende für 1902 (für die Stammaktien 4 1/2 p. h. statt der erwarteten 3 p. h.), herausgerechnet, und auf diese Preissteigerung hin hielten sich die Aktionäre sofort für berechtigt, ihre ursprüngliche Forderung an den Staat von 5 p. h. auf 10 p. h. zu steigern. Der Staatskommissar erklärte zwar in der Generalversammlung, die Regierung werde beim Scheitern ihres Angebotes zur

Bei der Begründung des Gaus wurden diesem folgende Bezirke zugeteilt:

1. das Staatsgebiet Hamburg;
2. die Provinz Schleswig-Holstein ohne den Kreis Oldenburg;
3. von der Provinz Hannover die Kreise Bielefeld, Dämmerberg, Garburg, Hildesheim, Hünneburg, Uelzen und Mühlstein des Regierungsbezirks Hünneburg, sowie die Kreise Bremerörde, Habeln, Jork, Nienburg, Neuhaus und Stade des Regierungsbezirks Stade;
4. der Teil von Mecklenburg, der zwischen der Elbe und der Eisenbahn Jarrentin-Stubitz liegt, nebst dem hannoverschen Amt Neuhaus a. d. Elbe.

Nach Ueberrahme der Geschäfte mußte der Gauvorstand sich es zunächst angelegen sein lassen, die Verhältnisse in den einzelnen Bezirken sowohl wie im gesamteten Gaubezirk kennen zu lernen. Die geringe Opposition, die sich hier und da gegen die neue Einrichtug bemerkbar machte, hat sich sehr bald gelegt, nachdem die Opponenten eingesehen, daß der Gauvorstand nach Kräften bemüht war, überall, wo es notwendig schien, thätig eingzugreifen. Durch die entfaltete Agitation ist es uns gelungen, die Bezirke im Gau um 6 zu vermehren. Es wurden 64 Bezirke übernommen; Mülln und Jarrentin, welche zunächst dem Lübecker Gau zugeteilt waren, wurden aus Grund einer gegenseitigen Verständigung in den diesseitigen Gau eingereihl. Am Schlusse der Berichtsperiode war die Zahl der Zweigvereine auf 72 gestiegen. Die Hoffnung, die leitens des Vorstandes auf der Konferenz betrefi der Agitation ausgesprochen wurde, hat sich freilich nicht ganz verwirklicht. Wir glaubten damals, es würde uns nun in Stütze gefangen, in den Kreisen Dämmerberg, Hildesheim, Nienburg usw. festen Fuß zu fassen; ebenso in den unterelbischen Kreisen auf hannoverscher Seite. Aber wir sind in dieser Beziehung arg getäuscht worden. In den zuerst genannten Kreisen sind wir leider bis heute keinen Schritt weiter gekommen, selbst Dämmerberg ist kaum als Zweigverein zu halten und die in den anderen Kreisen angeknüpften Verbindungen sind größtenteils wieder unterbrochen. Die Leute scheiden uns das Agitationsmaterial einfach zurück. Nicht viel besser steht es linksseitig an der Unterelbe aus, selbst in Guxhagen will die Organisation keine Fortschritte machen, trotzdem man dort in den letzten Jahren über Arbeitsmangel nicht geklagt hat. In fast allen diesen Kreisen ist die Landwirtschaft maßgebender Faktor, und die Kollegen kümmern sich mehr um die landwirtschaftlichen Fragen, als um das Maurerergewerbe. Glücklicherweise trifft dieses nicht alle Bezirke des Gaus zu. In Schleswig-Holstein z. B. war überall, mit wenigen Ausnahmen, reges Leben in der Organisation zu beobachten. Ebenso in den mecklenburgischen Bezirken.

Die Bauhöflichkeit war im Durchschnitt für das gesamte Gaubezirk als ziemlich gut zu bezeichnen. Auf die Umfrage des Gauvorstandes in den einzelnen Zweigvereinen über die Bauhöflichkeit antworteten: 7 Vereine mit sehr gut, 24 Vereine mit gut, 20 Vereine mit mittelmäßig, 11 Vereine mit schlecht, 1 Verein mit sehr schlecht. Für das kommende Jahr sind die Ausichten, soweit man es zur Zeit schon übersehen kann, nicht schlecht. Drei Vereine bringen über ihr gute Ausichten, 25 Vereine schreiben, daß die Bauhöflichkeit sich zu einer Bessern entfallen wird. Die Mehrzahl der Vereine ist noch ziemlich zurückhaltend mit der Beurteilung über die zu erwartende Arbeitslosigkeit, einige berichten allerdings auch über schlechte Ausichten.

Die Mitgliederzahl betrug am Schlusse des vierten Quartals 1901 7456, am 1. Januar 1903 7756. Die Zahl ist also etwas gestiegen. In drei Zweigvereinen beträgt der Stundenlohn 25—30 %, in 11 30—35, in 14 35—40, in 16 40—45, in 10 45—50, in 2 50—55, in 7 55—60, in 9 60—65 und in einem Zweigverein theilweise 70 % und mehr.

Die Arbeitszeit im Sommer betrug in 2 Zweigvereinen 11 Stunden, in 1 10 $\frac{1}{2}$, in 5 10, in 2 9 $\frac{1}{2}$ und in 12 Zweigvereinen $\frac{1}{2}$ Stunden.

Forderungen nach Verbesserung der Lohns und Arbeitsbedingungen wurden in zehn Vereinen gestellt; in acht Zweigvereinen kam es zum Streik. Leider fehl hier von nur die

Notwendigkeit nur rekurrieren kann aus einer Gesekung der Tätigkeit. Und hier hat Darwin mit seiner großen Theorie vom Kampfe um's Dasein in Klärung geschritten. Darwin sagt:

Ein Kampf um's Dasein folgt unabweislich aus der Steigung aller Organismen, ist in starkem Verhältnis zu bemerken. Jedes Wesen, das während seiner natürlichen Lebenszeit mehrere Eier oder Samen hervorbringt, muß während einer Periode seines Lebens oder zu gewisser Jahreszeit oder in einem zufälligen Jahre Zerstörung erfahren, sonst würde seine Zahl in geometrischer Progression rasch so außerordentlich Höhe anwachsen, daß keine Gegend das Erzeugniß zu ernähren im Stande wäre. Wenn daher mehr Individuen erzeugt werden, als möglicherweise fortzuleben können, so muß jedenfalls ein Kampf um's Dasein entstehen, entweder zwischen den Individuen einer Art oder zwischen den verschiedenen Arten oder zwischen ihnen und den äußeren Lebensbedingungen.

Es giebt keine Ausnahme von der Regel, daß jedes organische Wesen sich auf natürliche Weise in dem Grade vermehrt, daß, wenn es nicht durch Zerstörung litten, die Erde bald von der Nachkommenschaft eines einzigen Paares bedeckt sein würde. Selbst der Mensch, welcher sich doch nur langsam vermehrt, verhebricht seine Anzahl in 25 Jahren, und bei so fortschreitender Vermehrung würde die Welt schon nach einigen Tausend Jahren keinen Raum mehr für seine Nachkommenschaft haben.

Die Nachweisung und Erklärung der Tatsache des Kampfes um's Dasein bildet jedoch nur ein Theilfundament der Darwin'schen Theorie über die Entstehung der Arten. In seinem Werte hat Darwin weiter die theilweise Vererbung der während des Lebens erworbenen Eigenschaften auf die Nachkommen nachgewiesen, wodurch Organismen, indem sie sich im Laufe der Zeit gegebenen Verhältnissen immer besser anpassen und alles Unvorteilhafte durch den Kampf um's Dasein verlohnt, einen immer bestimmteren, heldenderen Charakter annehmen. Mit dieser, dem Kampfe um's Dasein gleichbedeutenden Theorie ist die Ursache der und in der organischen Welt entgegengetretenen Diffezierung ausgebebt.

Hälte zu Gunsten der Kollegen aus. In Hamburg hatten die Unternehmer versprochen, am 15. März 1903 eine Lohnerhöhung und Verkürzung der Arbeitszeit einzutreten zu lassen unter der Bedingung, wenn die Konjunktur sich gebessert hätte. Zu dem angegebenen Termin weiterten sich die Herren Innungsmeister trotz der besthatten Bauhöflichkeit, ihr Versprechen einzulösen. Infolgedessen blieb den Hamburger Kollegen nichts übrig, als den Versuch zu machen, durch Arbeitsstellenungen das zu erreichen, was man ihnen wohl seit Jahren versprochen hatte, aber in Güte nicht bewilligen wollte. Es wurde zunächst versucht, die Unternehmer durch Verkündung und Durchführung von Sperren müde zu machen. Die Innung stellte alsbald das Ultimatum: entweder Aufhebung der Sperren oder Ausperrung. Und da die Sperren nicht ausgehoben wurden, erfolgte dann auch die Ausperrung, und zwar nicht allein in Hamburg, sondern sie wurde auch auf Altona, Garburg, Wandstedt und Wilhelmshafen ausgedehnt. Die Unternehmer haben nur zum Theil Erfolg mit diesem Vorhaben gehabt. Am schwersten wurde Garburg durch die Ausperrung betroffen. Die ausgeperrten Kollegen fanden wohl in Hamburg Arbeitsgelegenheit, aber in Garburg selbst wurde die Arbeit durch Arbeitswillige fertig gestellt. Auch nach Hamburg hatte man ziemlich viel Arbeitskräfte von auswärts als Arbeitswillige herangezogen, jedoch hoben diese den im Kampfe befindlichen Kollegen viel weniger geschadet, als die Hamburg anlässigen. In einem besonderen Verein organisierten Streikbrecher. Auch die Meier Kollegen wurden von den Unternehmern ausgeperrt, weil sie nicht ohne Weiteres einen von den Herren Meistern festgesetzten Arbeitsvertrag annehmen wollten.

Wausperren wurden außer der großen Zahl, welche sich in Hamburg aus Anlaß der Lohnbewegung und zur Bestämpfung der Arbeiterverbände notwendig machten, noch in sechs Zweigvereinen verhängt, wovon fünf zu Gunsten und eine zu Ungunsten der Kollegen ausfiel. In drei Orten nahm der Gauvorstand persönlich an den Verhandlungen mit den Unternehmern Theil.

Auf Anregung und unter Theilnahme des Gauvorstandes sind drei Bezirkskonferenzen abgehalten worden. In 177 Versammlungen und 29 Sitzungen war ein Mitglied des Gauvorstandes aufwende zwecks Agitation, Regelung von Lohnforderungen, Wausperren usw. Kassenrevisionen sind in 56 Zweigvereinen vorgenommen worden. In einem Falle wurde eine Unterschlagung aufgedeckt; in zwei Fällen waren dem Kassierer Beitragsmarken verloren gegangen. Im Allgemeinen befanden sich die Kassen in Ordnung, nur läßt die notwendige Buchführung in sehr vielen Fällen viel zu wünschen übrig. Wir waren deshalb überall bestrebt, nach Möglichkeit die Kollegen hierin zu unterstützen.

Die Agitationsarbeit wird dadurch sehr gehindert, daß in vielen Orten zur Sonntags die Versammlungen abgehalten werden, namentlich in den rein ländlichen Bezirken. Daraus ergibt sich dann, daß wir uns oftmals außer Stunde setzen, nach allen Orten, wo es geüchlich wird, oder uns notwendig erschießen, jemandem vom Gauvorstand zu entfenden; andererseits ist es durch dieses Verhältnis fast unmöglich gemacht, daß Jemand vom Gauvorstande eine größere Agitationstreife unternehmen kann.

Die Kassenverhältnisse des Gauvorstandes gestalten sich wie folgt:

Einnahme.	
Von der Agitationskommission an Kassenbestand übernommen	M. 33,05
An Prozente vom Verbandslohn	6500,01
Vom Vorstand an Mitglieds für Streiks zurückgehalten	305,50
Beitrag von den Zweigvereinen	2343,69
Summa	M. 9181,05

Ausgabe.	
Beamtengeld	M. 2167,—
Entgangener Arbeitslohn	106,40
Däten	1512,70
Fahrtgeld	863,15
Drucksachen	179,48
Porto und Schreibmaterial	301,84
Ausgaben an die frühere Agitationskommission	401,80
Voreinverrichtung, Mische, Feuerung, Beleuchtung und Reinigung	1182,81
Sonstiges	380,40
Summa	M. 7076,08

Bilanz.	
Einnahme	M. 9181,05
Ausgabe	7076,08
Kassenbestand	M. 2105,57

Davon pr. Paul belegt M. 1600,—

Auf Beschluß des Gauvorstandes soll für die am 20. April d. J. in Hamburg tagende Gaunkonferenz ein ausführlicher gedruckter Bericht herausgegeben werden.

Es ist ein großes Stück Arbeit geleistet, trotzdem in Folge der Hamburger Lohnbewegung Manches hat nicht erledigt werden können. Der Vorliegende des Gaus war vom Monat Mai bis September fast ausschließlich in Hamburg beschäftigt, und mußte hierdurch manche Arbeit außerhalb Hamburgs zurückstellen werden. Wir werden nach Kräften versuchen, das Veräumte nachzuholen. Das Zusammenarbeiten mit den einzelnen Zweigvereinen wird sich immer immer gestalten und dadurch noch manches Gute geleistet werden können. Größere Zweigvereine sind innerhalb des Gaus keine mehr in's Leben zu rufen, aber in manchem kleinen Orte sind die Kollegen noch vom Schlafe aufzuwecken. Viele Wünsche und Forderungen in großen und kleinen Orten sind noch zu erledigen. Namentlich wird der Kampf um die Verkürzung der Arbeitszeit, die Aufhebung der Löhne, die Verbesserung des Bauarbeiterlöhnes, die Regelung der Ueberlandarbeit usw. alle Kräfte in Anspruch nehmen.

Wenn aber sämtliche Glieder und Organe des Verbandes innerhalb des Gaus sich zu gemeinsamer Arbeit zusammenschließen, jeder müthig Hand mit an das Werk legt, dann werden für das borgeordnete Ziel erreicht. Es wird und muß uns gelingen, die einzelnen Zweigvereine dahin auszubilden und zu stärken, daß wir allen Säulmen trogen können, mögen sie kommen von wo sie wollen.

Der Gauvorstand.
S. A.: Hugo Röber, Vorsitzender.

Gau Dresden.

Auch im abgelaufenen Berichtsjahre machte sich die Krise in derselben heftigen Weise wie im Vorjahre bemerkbar. Die Bauhöflichkeit und damit die Arbeitsgelegenheit hat sich nicht gebessert, sondern eher noch verschlechtert. In einzelnen Orten, wie Mügeln, Rammern und Rosten, war im Frühjahr kein Neubau aufzufinden. Die ganze Bauhöflichkeit beschränkte sich auf Schrotwerke. Nur in der Bauhöflichkeit etwas besser als im Vorjahre. Wenn im vorigen Jahre in mehreren Orten die Vertrauensmänner unserer Organisation zu erkennen gaben, daß es ihnen lieber wäre, die Mitgliedschaft des Verbandes würde aufgehoben, weil die Kollegen sich weiterten, Beiträge zu zahlen, so ist in diesem Jahre zu constatieren, daß ein solches Verlangen nicht mehr gestellt wurde. Es zeigte sich vielmehr, nachdem im Frühjahr im ganzen Gau ein Flugblatt verbreitet worden, daß trotz der außerordentlich schlechten Bauhöflichkeit die Hoffnung bei den Kollegen Platz gegriffen hat, daß es auch in unserer Gegend wieder besser werden müsse. Sie erkannten aber auch, daß, wenn die kommende günstige Baukonjunktur ausgenutzt werden soll, für Ausbreitung und Kräftigung der Organisation georgt werden muß. Als bestes Mittel, dieses Ziel zu erreichen, wurde die Gausagitation anerkannt und auch in Angriff genommen. Wenn auch nicht sofort Erfolge zu verzeichnen waren, so hat sich aber doch diese Agitation als praktisch erwiesen. Die Zunahme der Mitglieder in Dresden, Pitsna, Weißen und Mügeln ist nur auf die Gausagitation zurückzuführen. Ebenso war es dadurch möglich, in Pitsna dem Verbande wieder Mitglieder zuzuführen und die Mitgliedschaft neu zu ersticken.

Bei der Verbreitung des Flugblattes im Frühjahr wurde gleichzeitig die Lohnhöhe mit festgestellt. Darnach hat der Lohn gegen das Vorjahr nicht nur nicht gestiegen, sondern in einzelnen Orten, wie in Rosten und Lommasth, gesunken. Der geringste Lohn wurde in Rosten mit 20—21 %, und in Lommasth mit 22—24 % gezahlt. In drei Orten außer Dresden schwanen die Löhne zwischen 20 und 30 %. In Dresden legte der „Arbeiterverband“ den Mindestlohn von 43 auf 40 % herunt. Nachdem dieses bereits beschlossene Ende war, machte man unserm Vertrauensmann davon Mitteilung. Es soll den Unternehmern freigestellt sein, von 40—45 % Lohn zu zahlen. Ein allgemeiner Widerstand ließ sich nach Lage der Sache nicht durchsetzen. Mehrere Unternehmer mußten aber doch infolge des einmüthigen Zusammenstehens unserer Kollegen von ihrem Vorhaben, den Lohn zu kürzen, Abstand nehmen. Daß nur die Laubheit der Kollegen schuld an den Lohnreduktionen ist, zeigt folgender Fall. In Erzdorf, Umgegend von Dresden, zahlte der Unternehmer Hanel aus Klotz bis zu 32 %, obwohl an den Wäulen in nächster Nähe 40—42 % Lohn gezahlt wurde. Von einer richtigen Lohnbewegung konnte in diesem Jahre noch viel weniger die Rede sein, als im vorigen Jahre. Die lange Arbeitslosigkeit, die Noth und das Elend manches Kollegen machten müthlos.

Die Mitgliederzahl in unserem Gau ist im abgelaufenen Jahre zurückgegangen. Jedoch bedeutet dieser Rückgang keinen wirklichen Verlust an Mitgliedern. Uns wurden nämlich 6 Orte mit 277 Mitgliedern abgenommen, die dem neu gebildeten Gau Görlitz zugeteilt sind. Anderenfalls hätten wir eine Zunahme von 84 Mitgliedern zu verzeichnen gehabt. Die Mitgliederzahl betrug am Schlusse des dritten Quartals 1831.

In Bezug auf die Buch- und Kassenführung wäre mir Klage zu führen über Rammern und Gainswabe. In Rammern machten die Eltern des Vertrauensmannes diesem nach jeder Richtung hin Schwierigkeiten. Dadurch kam es, daß er im dritten Quartal das Einkommen der Beiträge unterließ, und die Mitglieder mußten wegen Schulden getrieben werden bis auf 2, die ihre Beiträge nach Dresden bezahlten.

Ueber die Bauarbeiterbeschäftigungen gilt das im vorjährigen Bericht Angeführte auch jetzt noch. Es sind wohl überall Verhandlungen erlassen worden, aber durchgeführt werden sie nicht; und Beamte, die diese Vorschriften zu übertragen hätten, werden nicht angestellt.

Die Abrechnung gestaltet sich folgendermaßen:

Einnahme.	
Vom Hauptverband	M. 612,69
Von den Mitgliedschaften	714,50
Kassenbestand 1901	814,86
Summa	M. 1641,71

Ausgabe.	
Für entgangenen Arbeitslohn	M. 338,28
Däten	453,20
Fahrtgeld	220,65
Drucksachen	145,10
Porto	16,82
Summa	M. 1169,05

Abfluß.	
Einnahme	M. 1641,71
Ausgabe	1169,05
Reserv 1902	M. 472,66

S. A.: O. Würger, Vorsitzender.

Versammlungen und sonstige Bewegung.

Gau Mannheim.

Im Einverständnis mit dem Verbandsvorstand berufen wir zum **3. Mai** die zweite Konferenz für den Gau Mannheim ein. Dieselbe findet in **Karlruhe** im Restaurant „Zur deutschen Eiche“, Augustenstr. 11, statt. Beginn Donnerstags 9 Uhr.

Als Tagesordnung schlagen wir vor: 1. Geschäfts- und Kassenbericht und Bericht der Revisoren. 2. Bericht der Delegierten. 3. Die Situation im Baugewerbe und das Verhalten bei Lohnbewegungen. 4. Agitation. 5. Wahl des Gauvorstandes.

Zur Vertretung auf der Konferenz ist jeder Zweigverein verpflichtet. Zweigvereine bis zu 100 Mitgliedern

wählen einen, bis 400 zwei Delegierte. Die aus der
Besichtigung der Konferenz erscheidenden Untoren haben
die Zweigvereine aus ihren Lokalfassen zu beden.
Der Gaudorfstand.
J. A. N. Forter, Gauvorsteher.

Am 18. März hielt die Sektion der Arbeiter des Zweig-
vereins Berlin in den Armeehallen ihre regelmäßige Ver-
sammlung ab. Nachdem Kollege Nieße über die Bedeutung des
18. März für die Arbeiterschaft gesprochen, wurde ein Antrag
von ihm, welcher lautete: Dem Zweigvereinsvorstand wird
das Recht erteilt, eine entsprechende Summe vom Besande
des Zweigvereinsvermögens zur Reichstagswahlkassation zu über-
weisen, deren Höhe die Vertreterversammlung bestimmen soll, mit
101 Stimmen angenommen. Gegner waren nicht vorhanden.
Als dann berichtete Kollege Nitzsche über die Geschäftskommission
über unsere Tarif. Er führte aus, daß in der letzten Sitzung andere
Vertreter der Unternehmer auszuwählen waren, die versuchten,
mehrere Angelegenheiten zurückzugeben, namentlich betreffs der
Spanner und Zementierer, was unsere Vertreter entschieden
zurückwies. Alsdann führte er aus, daß in unserem Beruf
für verschiedene Mißstände eingeschritten hätte, die entschieden
beseitigt werden müßten. Duabe, der Vertreter der Spanner,
erklärte sich damit einverstanden, daß bei Geschäftsbesorgen die
Spanner mit für die Förderung der Maßgebungen eintreten;
dasselbe verlangt er natürlich im umgekehrten Falle auch von
ihnen. Darum wird ein Antrag Nieße, daß ihm von etwa
ausstehenden Mißständen sofort Abhilfe gemacht werde, damit
dagegen eingeschritten werden kann, angenommen. Alsdann
wurden die Stimmzettel für die Wahl des Zweigvereins-
vorstandes abgegeben; abgegeben wurden 85 Stimmgel. In
Verständnis wurde festgestellt, daß bei Schul in Charlotten-
burg im Afford gearbeitet wird. Kollege Reichert stellt den
Antrag, die Firma vom Montag, den 22. März, an zu sperren.
Der Antrag wurde angenommen. Die dort im Afford arbeitenden
Kollegen erklären sich damit einverstanden. Darauf wurde
beschlossen, ein Situationsbild zu liefern, wozu am 12. März
Schluß der Versammlung erfolgte. — Am Donnerstag, den
19. März, ist infolge Einrückens des Vorstands Nieße von
Herrn Schul-Charlottenburg erklärt worden, nicht mehr im
Afford arbeiten lassen zu wollen; die Sperre tritt daher nicht
in Kraft.

Eine außerordentliche Mitgliederversammlung der Zählstelle
Berlin, in der man sich hauptsächlich mit der Wahl des Zweig-
vereinsvorstandes und dem Bericht des Vorstandes beschäftigte, tagte
am 19. März im großen Saale des Gewerkschaftshauses. Zunächst
schritt man zur Wahl einer Wahlkommission. Gewählt wurden
die Kollegen Strauß, Baganz, Stark, Hoy und Wägenner. Da
Mitglieder anderer Zweigvereine anwesend waren, welche nicht
zum Votum gehören, beschloß die Versammlung, daß diese
bei der Stimme zu entsaften hätten. Die Namen der darge-
legenen Kandidaten lagen gedruckt auf Stimmzetteln vor.
Bei der Wahl der Richter-Kommission und deren Stellvertreter
stellte der Kollege Palms-Gulow den Antrag, sich daran
beteiligt zu lassen; der Antrag wird angenommen. Das
Resultat der Wahl konnte nicht bekannt gegeben werden, da das
Wahlkomitee am Schluß der Versammlung mit dem Auszahlen
der Stimmzettel nicht fertig war. Den Bericht des Vor-
standes gab Panter. Er ging in der Hauptsache auf die Haus-
kassierung und deren Fortschritt ein. An der Hand entsprechender
Materialien legte er klar, daß in den Bezirken, wo die Haus-
kassierung eingeführt, der Prozentsatz der rückständigen Mitglieder
am Schluß des Jahres am niedrigsten war. Versammlungen der
Zählstelle haben sieben stattgefunden, mit vier Vorträgen.
Die Zahl ist daher so gering, weil sämtliche öffentlichen Ange-
legenheiten in den Zweigvereins-Versammlungen erledigt
wurden. In den einzelnen Bezirken haben 99 Versammlungen
mit 62 Vorträgen stattgefunden, außerdem wurden 26 Sitzungen
abgehalten. Sitzungen des Vorstandes mit den Obleuten haben
14 stattgefunden. In denselben bezog man sich mit Unterstützung
gesunden kranker Kollegen. Am 18. März ist Unterstützung in
Höhe von M. 208 gezahlt worden. In 53 Fällen wurde be-
sondere Art Verdienste gegen das Statut, die Versammlungs-
beschlüsse und die Solidarität. In 25 Fällen wurden öffentliche
Nägen erteilt. 11 Mitglieder, die diese erteilten, hatten sich
ange Verdienste zu Schulden kommen lassen und bei 14 Mitgliedern
erfolgte Ausschluss. Die Mitgliederbewegung ist stabil geblieben,
der Bestand hat sich sogar erhöht, was die Einführung der
Hauskassierung viel beigetragen hat, denn in 7 Bezirken mit
2955 Mitgliedern ist die Hauskassierung eingeführt und in
4 Bezirken mit 902 Mitgliedern weicht man sich noch immer
dagegen. Nach den Ausführungen des Vorstandes werden
diese Bezirke nicht umhin können, sich ernstlich mit der
Einführung der Hauskassierung zu befassen. Hieraus giebt
der Kassier Emil Lehmann die Jahresabrechnung: Die Einnahme
betrug M. 15.912,10, die Ausgabe M. 10.346,73, wozu M. 5000 zur
Anschaffung einer Wählkommission verwendet wurden; bleibt ein
Bestand am Schluß des Jahres von M. 5525,37. Die Mit-
gliederzahl betrug am Schluß des Jahres 3689, darunter
2 Ehrenmitglieder. Neu aufgenommen wurden 1018 Kollegen,
davon mußten 9 Wochen nachzahlen 291 Kollegen. Gestorben
sind 43, ausgeschieden 14, ausgeschieden 49, zum Militär ein-
gezogen 26 Kollegen. Von den 3689 Mitgliedern hatten am
Jahreschluß 8827 keine Beitragsrückstände. Fränge an ver-
fallene Kollegen wurden 16 geklärt. Des Weiteren wird der
Kollege Hermann Krüger als Schriftführer der Zählstelle gewählt.
In Verstandes" wird ein Antrag des Kollegen Leonhardt,
die Donnerstage der Partei zur Verfügung zu stellen und an
diesen Tagen keine Versammlungen abzuhalten, angenommen.
Zum bevorstehenden Bauarbeiterskongress werden die Ver-
bandsbelegierten gewählt. Ein Antrag, wonach dem Zweig-
vereinsvorstand das Recht erteilt wird, dem Parteivorstand
eine entsprechende Summe zur bevorstehenden Reichstagswahl
zu überreichen, wird angenommen. Der Kollege Wilh. März-
Schülerberg wurde, weil er im Afford arbeitet, aus dem Verband
ausgeschlossen. Auf Antrag des Kollegen Nieße wird der Frau
bes inhaftierten Kollegen Elisabeth eine Unterstützung von M. 60,
in zwei Raten zahlbar, bewilligt, und einige andere Anträge
wurden zurückgestellt. Alsdann erfolgte Schluß der Ver-
sammlung.

Der Zweigverein Gasse a. d. E. beschäftigte sich am
8. März mit dem Jahresbericht des Vorstandes. Nach dem-
selben war für die Hauptsache eine Einnahme von M. 1244,30
und eine Ausgabe von M. 268,92 zu verzeichnen, so daß
M. 1075,38 abgesetzt werden konnten. Die Einnahmen der

Lozalkasse betrugen M. 407,85, denen sich eine Ausgabe von
M. 287,32 gegenübersteht; bleibt somit ein Kassensaldo von
M. 150,53. Im Aufschuß hierzu erstattete Kollege Ritter Bericht
über die am 1. März in Magdeburg stattgefundene Konferenz.
Seine Ausführungen klangen darin aus, daß die Kapitalien
immer noch mehr ausgedehnt werden müßten. Wollte eines jeden
organisierten Kollegenmüsse es sein, sich als Kapitalist zu betrachten
und dementsprechend zu wirken. Im Dezember d. J. wurde dem
Arbeitsgeberverband eine Forderung auf 5 A. Lohnhöhung
pro Stunde eingereicht, die Herren hielten es aber nicht
für nötig, zu antworten. Endlich luden sie am 11. März,
nach Aufforderung seitens des Vorsteher, die Lohn-
kommission zu einer Unterhandlung ein. In derselben
wurde natürlich wieder seitens der Unternehmer über die
unterschiedlichen Forderungen der Maurer hergezogen.
Sie müßten schließlich aber selbst zugeben, daß eine Lohn-
erhöhung notwendig sei, und bewilligten einen Pfennig Lohn-
ausbesserung. Eine am 18. März tagende Bauarbeiterkommission
beschäftigte sich hiermit. Der Vorsitzende der Lohnkommission,
Kollege Müller, berichtete, daß von sämtlichen ausgetretenen
Positionen nur zwei eine Minderung seitens der Unternehmer
erfahren hätten, und zwar sei eine Lohnerhöhung von einem
Pfennig bewilligt worden. Dagegen soll aber bei Spezial-
arbeiten eine Lohnerhöhung um 5 A pro Stunde eintreten,
dasselbe soll geltehen bei Nacht- und Lieferstundenarbeit. Das
Angebot der Unternehmer wurde zurückgewiesen, die Kommission
aber beauftragt, wenn weitere Zugeländnisse gemacht werden,
auch ihreits selbst zu machen. Am 19. März wurde die
Lohnkommission abermals eingeladen, es kam aber nicht zu
einer Einigung, denn die Herren blieben bei ihrem Angebot. In
der darauf folgenden Bauarbeiterversammlung, am 20. März, in der
der Gauvorsteher zugegen war, wurde das Verhalten der
Unternehmer scharf getadelt und ihr Angebot einstimmig ab-
gelehrt. Nach einem kräftigen Schlusswort des Vorsitzenden,
lieber ohne, als mit einem solchen Vertrag zu arbeiten, wurde
die imponente Versammlung geschlossen.

Am 21. März hielt der Zweigverein Autoburg in seinem
neuen Vereinslokal „Gambirius“, Friedrich-Wilhelms-Platz,
seine regelmäßige Mitglieder-Versammlung ab. Zunächst erstattete
der Vorsitzende den Kassens- und Jahresbericht. Dann wurde,
nachdem auf die Wichtigkeit des Bauarbeiterskongresses auf-
merksam gemacht worden war, der Kollege Wehling als Dele-
gierter dazu gewählt. Hierauf wurde beschlossen, einen Arbeits-
nachweis zu gründen, und die Kollegen aufzufordern, die etwa
zu ihrer Kenntnis kommenden Unternehmer, welche Maurer ein-
stellen, sofort dem Kollegen Müller, Unterfrage 8, namhaft zu
machen, damit arbeitslose Kollegen sofort wissen, wo sie wieder
in Arbeit treten können. Dann wurden die Kollegen noch
darüber aufmerksam gemacht, daß sie sich mehr auf dem politischen
Gebiete betätigen und die Arbeiterpresse mehr unterstützen
müßten, damit nicht Abgeordnete in den Reichstag kommen, die
uns wunschig noch das Sozialrecht beschränken. Es
ließen sich mehrere Kollegen anschauen, und nach einem warmen
Appell an die Kollegen, stets rein und fest zum Verband zu
halten, erfolgte Schluß der sehr fruchtbaren Versammlung.

Eine öffentliche Maurerverammlung, veranstaltet von den
Zweigvereinen Weidenhausen, Dörbörne und Frieda, fand am
Sonntag, den 22. März, in Schwäbe im Seltenmännchen
Saale statt. Als Referent war Kollege Thöne aus Kassel
erwähnt. Auf der Tagesordnung stand: 1. Was bedeutet
der Verband? 2. Unsere diesjährige Programm. 3. Verändertes.
Zum ersten Punkt hielt Kollege Thöne einen sehr lehrreichen
Vortrag; er führte den Kollegen klar vor Augen (hauptsächlich
galt es, den in Schwäbe arbeitenden noch nicht organisierten
Kollegen), wie notwendig es ist, immer mehr an der Organi-
sation teilzunehmen. Er beharrte in seinen Ausführungen,
daß er auf dieses Thema immer wieder zurückkommen müsse,
und forderte die noch nicht organisierten Kollegen auf, nun doch
endlich einmal aus ihrem Schlafe zu erwachen und sich der
Organisation anzuschließen, nur dann werde es möglich sein, die
Lohn- und Arbeitsbedingungen aufzubessern. Erfolgreichweise
hatte der Vortrag seinen Zweck nicht verfehlt, denn es ließen
sich wieder mehrere Kollegen in den Verband aufnehmen. Zum
zweiten Punkt machte Kollege Thöne den Vorschlag, aus jedem
Zweigverein je zwei Mann zu bestimmen, um festzustellen,
inwiefern die Kollegen in der Lage sind, Forderungen zu stellen
und wie viel Arbeit vorhanden ist. Dieses wurde einstimmig
angenommen. Sodann kam Redner noch auf den Bauarbeiters-
kongress zu sprechen und forderte alle Anwesenden auf,
einen Mann zu bestimmen, der die Bauarbeiterschaft der oben-
genannten Ortsteile vertritt. Das Mandat wurde dem Kollegen
Zimmermann aus Kassel übertragen. Nachdem noch
mehreres Anderes, bezüglich der bevorstehenden Reichstagswahlen
erörtert war, wurde die sehr interessante Versammlung geschlossen.

Der Zweigverein Frankfurt a. M. hielt am 17. März
seine diesjährige Generalversammlung ab. Der Vorsitzende
führte in dem von ihm erstatteten Geschäfts- und Kassensbericht
aus, daß die erwartete bessere Bauwirtschaft im letzten Jahre
nicht eingetroffen sei. Einestheils hat die Stadterweiterung
wenig oder nichts, wodurch der privaten Bauwirtschaft Anre-
gung gegeben wurde, z. B. durch Anlegung neuer Straßen und
Aufschlüsselung des Bauerechts, andererseits vermehrte man das
erwartete aktive Eingreifen der Stadterweiterung bei dem Bau
neuer Wohnungen. Auch der schon lange projektierte Umzug
Neubau eines Bahnhofs wurde nicht angefangen, wodurch ein-
gangiger Stadtbild in seiner Entfaltung gehemmt wird. Als
diese Gründe und der starke Mangel von unorganisierten Maurern,
die sonst im Zubehörsgebiet Wirtschaften beschäftigt waren, ließen
für unsere Organisationsbestrebungen die Chancen nicht günstig
erscheinen. Doch trotz alledem sind wir auch im letzten Jahre durch
angenehme Agitationsarbeit ein gutes Stück vorwärts gekommen.
Die Anzahl der dem Zweigverein angeschlossenen Zählstellen resp.
Zählstellen betrug am Schluß des Jahres 1901: 44, im
Jahre 1902: 60, also 16 mehr. Die Mitgliederzahl betrug 1901:
2822, im Jahre 1902: 2849, also 517 mehr. Die Beiträge voll
bezahlt hatten am Jahreschluß rund 2000 Mitglieder oder
zirka 70 p. Das Kassensbericht schloß ab mit einer Gesamteinnahme
von M. 40.447,76; Ausgabe: an die Hauptkassale
eingeliefert resp. für dieselbe bewandt M. 20.239,24. Nebenher
die Lokalfasse M. 10.208,82. Diese Summe ist aber in Wirk-
lichkeit nicht in der Lokalfasse des Zweigvereins geflossen, da
M. 4462,67 an Prozenten in den Kassen der Zählstellen resp. Zweig-
vereine blieben, daher beträgt die wirkliche Einnahme für die
Kasse des Zweigvereins nur M. 6745,85. Da bisher der erste Vor-
sitzende als geschäftsführender Kollege besetzt wurde, beschloß
auch die gekommene Kassenschnur zu führen halte, so war der
wirkliche Kassier ziemlich ausgelastet, hatte aber immer die

Verantwortung für das Kassenswesen zu tragen. Um diesen Zu-
stand zu befestigen, wird jetzt der erste Kassier besetzt, und
übernimmt dieser auch die Stellung der Bureaugehilfe. Nach
einer Diskussion über den Statut-Entwurf des Hauptvorstandes
erfolgte Schluß der Versammlung.

Aus Gotha wird uns geschrieben: Auch das hiesige
Unternehmertum hängt an, mit Nachprobieren vorzugehen. Als
Sturmhock wurde der Unternehmer Meister dorgelesen. Die
bei diesem Beschäftigten Kollegen wurden nun pädagogisch ohne
erkennbaren Grund am 14. März mit der Kündigung bedacht.
Wie sich später herausstellte, war die Kündigung auch nicht er-
folgt, um die Leute noch 14 Tagen launet und sondern einlassen
zu können, weil dann die Arbeit vollendet war, sondern es war
ein fein ausgelegelter Trick, um in unauflösbare Weise einige
besonders für den Verband thätige Kollegen maßregeln zu
können. Aber Herr Meister hatte kein Glück mit seinem Plan,
er hatte nicht mit der Solidarität der Kollegen gerechnet. Als die
Kündigungsbefehl verbreiten war und Herr Meister sich die Leute
ansuchen wollte, die er nicht zu entlassen gedachte, erklärten
diese sich bis auf zwei Mann mit den von der Maßregelung
bedrohten Kollegen solidarisch und verzichteten ihrerseits eben-
falls auf die Weiterarbeit. In der am demselben Abend tagenden
Mitglieder-Versammlung wurde das Gebaren des Unternehmers
Meister von den Kollegen Raube einer scharfen Kritik unter-
zogen. Weiter berichtete der Redner, daß das einmütige Vor-
gehen der Kollegen den Erfolg gehabt habe, daß die Kündigung
von Meister zurückgezogen wurde. Die Kollegen müßten sich
immer fester zusammenziehen und stets ihre Solidarität bewahren,
dann werde es auch möglich sein, allen Maßregelungsgeblühen
der Unternehmer begegnen zu können. Eine in diesem Sinne
gehaltene Resolution wurde einstimmig angenommen.

Der Zweigverein Regis hielt am 22. März eine Mit-
glieder-Versammlung in Müller's Lokal, ab, welche ziemlich gut
besucht war. Tagesordnung: Endgültige Beschlußfassung über
unsern Lohnbewegung. Kollege Nieße vom Gauvorstand kam
darüber zur, daß der Unternehmer in der vorigen Verhandlung
das Ertrügen gestellt hätte, Nachforschungen zu halten in den
umliegenden Ortsteilen, ob für Arbeiten in kalten Oefen ein
Zuschlag von 2 A pro Stunde gezahlt werde. Wenn es der
Fall wäre, werde es zu zahlen. Da Kollege Nieße sich
an acht Ortsteilen gewandt hatte und keinen Nachweis über den
Zuschlag bringen konnte, hielt er es für besser, wegen dieser
Forderung nicht in einen Streik einzutreten. Die Kollegen
schlossen sich den Ausführungen Nieße's an. Es wurde ein-
stimmig beschlossen, vorläufig nach dem alten Vertrag weiter
zu arbeiten, bis die Zeit günstiger ist. Dann möchte Nieße
die Kollegen auf ihre Pflichten gern und ganz zu erfüllen und
seine Verhandlung zu meiden, denn wir wissen im Baujahr:
Gottschend werden wir's erringen, daß unser Genosse Karl
Lichtwach in den Reichstag einzieht.

Am Sonntag, den 22. März fand in Ebnau t. S. eine
öffentliche Bauarbeiterversammlung in der „Zonhalle“ statt,
welche leider sehr schwach besucht war. Kollege Spire-Görlich
hielt einen trefflichen und ausserordentlich Vortrag über: Leben
und Weiden-bei Bauhandwerkern". Das Mandat zum Bau-
arbeiterskongress wurde dem Kollegen Weiden-Weigen über-
tragen. Dann wurde über die „Grundstein“-Verbreitung
diskutiert. Beschlossen wurde mit 14 gegen 8 Stimmen,
bei etlichen Stimmenthaltungen, pro Monat 6 A für die
„Grundstein“-Kopierlage zu erheben. Dies ist doch bezüglich
wenig und demnach erhebt sich lebhafter Widerspruch. Die Ver-
waltung hat hier außerordentlich schwere Arbeiten. Man muß
die Kollegen in den weit gestreuten Dörfern aufsuchen, und was
man beim Eintreffen des Beitrags Alles anhören. Da macht
sich so recht der Unverstand der Massen bemerkbar. Sehr
bebauert ist es, daß die Pfennige zu alterhand Klammeln, wie
unter in sehr reichlicher Maße, aufgewendet werden, so ist
nicht den geringsten Nutzen bringen werden. Auch für das
bekannte „Genugmittel“ Alkohol wird des Destilliers zu viel auf-
gewendet. Dafür stehen die Kollegen den gewerkschaftlichen Be-
strebungen desto fester gegenüber. Und um wie viel können
nicht die Lohn- und Arbeitsverhältnisse bei uns besser sein, wenn
die Kollegen nur treu zusammenhalten und sich erweisen lassen
wollten zu beutenden Menschen. Hierin ist natürlich auch recht
wenig, daß den Kollegen der „Grundstein“ regelmäßig zugestellt
wird und daß sie, das Blatt auch richtig lesen, wunschig
einmal, und nicht, wie es leider oft geschieht, ungenügend
in den Winkel legen. Also, lude Jeder sich dessen bewußt zu
werden, was einem organisierten Kollegen zukommt, dann werden
wir den übrigen deutschen Kollegen nicht nachsehen.

Am 17. März tagte eine Extra-Mitglieder-Versammlung des
Zweigvereins Ulm, die sich mit der Lohnfrage beschäftigte.
Zunächst erstattete das Ausschussmitglied Verhagen Bericht
über die mit der Innung gepfessenen Verhandlungen. Die ge-
planten Massenlöcher sollen wegfallen, eine Lohnhöhung wurde
jedoch abgelehnt. Der Lohn bleibt wie im vorigen Jahre be-
stehen. Ebenfalls lehnten die Unternehmer die Arbeitszeit-
verkürzung an den Tagen vor Ostern und Pfingsten ab mit
der Motivierung, die Bauinjunktur sei eine unglückliche und
ferner die Konkurrenz der auswärtigen Unternehmer eine sehr
große, indem diese ihren Gesellen nur einen Lohn von 35 A
zahlen. Die Innung ersuchte gleichzeitig den Gesellschaftsrath,
darauf hinzuwirken, daß die auswärtigen Unternehmer den
ortsüblichen Lohn ebenso zahlen, wie ihn die hiesige Innung
zahlt. Den Lohn im nächsten Jahre etwas auszubessern, sei die
Innung nicht abgeneigt. In der Diskussion sprachen verschiedene
Kollegen dafür, den Kampf aufzunehmen, weil sich der gewerkschaftliche
Momentum dafür vorhanden sei. Darauf legte der Vorsitzende
den Mitgliedern nochmals die Situation klar. Es seien
190 Maurer am Orte, davon 24 Parlierer und 27 Lehrlinge.
40 Bauten seien in Angriff, 88 Neubauten und 7 Um-
bauten. In Aussicht stehen 15 Neubauten. Bei Innungs-
meistern arbeiten 155 Gesellen auf 20 Bauten, bei nicht-
organisierten Unternehmern arbeiten 35 Gesellen auf
18 Bauten. Die Situation sei eine glänzliche. Schwere erfuhr
die Versammlung sowie den Gesellschaftsrath, nachmals der
Versuch zu machen, mit der Innung auf glänzliche Wege eine
Einigung zu erzielen und den Kampf etwas aufzulösen.
Sollten die Unternehmer kein Entgegenkommen zeigen, dann sei
der Kampf mit verstärkter Mittelgen zu führen. Der Gau-
vorsteher Robber schloß sich den Ausführungen Schwob's
an. Die Lohnfrage sei nicht reichlich genug überlegt, auch die
Konjunktur sei nicht so glänzlich. In Frage kommt noch die
27 Lehrlinge, indem dieselben zu den wichtigsten Arbeiten heran-
gezogen werden können; auch sei der Zustand in dieser Zeit ein
sehr großer. Sodann wurde folgende Resolution gegen
9 Stimmen angenommen: „Die am 17. März 1903 in der

Centralhalle" tagende Extramitglieder-Versammlung des Zweigvereins Eimsbüttel...

Am 22. März hielt der Zweigverein in Willich eine Mitgliederversammlung ab, welche nicht zum Besten besetzt war...

Für die Maurer von Norden und Umgebung gilt die diesjährige Lohnfrage als abgeschlossen. Eine auf beschleunigte Veranlassung...

Aus Blauen wird berichtet: Nicht ganz zufrieden ist man hier in den Kreisen der Kollegen mit den Anweisungen...

Am Freitag, den 20. März tagte die regelmäßige Mitgliederversammlung des Zweigvereins Stuttgart. Der Vorsitzende gab bekannt...

Die angekündigte Aussperrung haben die Innungsmeister des Vier-Städte-Bundes nicht zur Ausführung gebracht...

Am Donnerstag, den 19. März, hielt die zahlreichste Versammlung eine außerordentliche Mitgliederversammlung ab...

Am 15. März mit Vorhange. Es wurde angesetzt, daß ein Stundenlohn von 43 A bei zehnständiger Arbeitszeit...

Reichstagswahl zu befehligen hätten. Nach einer lebhaften Diskussion wurde der Antrag einstimmig angenommen...

Am 24. März fand in Wreschen eine Versammlung statt, wozu eine große Anzahl Kollegen sich eingefunden hatten...

Am 15. März hielt der Zweigverein Zehdenick seine regelmäßige Mitgliederversammlung ab. 1. Beschlußfassung über den neu geschlossenen Vertrag mit den Unternehmern...

Berichtigung. In Nr. 13 des "Grundstein" vom 28. März d. J. ist ein Veranlassungsbericht aus Schmölen enthalten...

Zur Lage in Hamburg.

Die angekündigte Aussperrung haben die Innungsmeister des Vier-Städte-Bundes nicht zur Ausführung gebracht...

Die Situation ist also ziemlich dieselbe wie beim vorläufigen Stopp der Bewegung im Vorjahre. Und doch ist sie auch wiederum erheblich anders...

Der Zugang auswärtiger Arbeitskräfte nach Hamburg ist erheblich statt. Und daß die fremden Arbeiter von den Unternehmern mit Vorliebe eingestellt werden...

gieder zählte und die "Freie Vereinigung" ihren Mitgliederstand auf 600 angab...

Nach, den statistischen Nachweisungen der Baupolizeibehörde wurden im Jahre 1902 685 Neubauten zu Wohnzwecken errichtet...

Ferner wurden Neubauten errichtet: Fabrikgebäude, Speicher etc. 98, Stallgebäude etc. 289, Theater, Schulen, Kirchen etc. 23...

Neben der Vermehrung der Wohnungen zeigt die Bevölkerungszunahme auch die Zunahme der Bevölkerung...

Table with 3 columns: Year, Number of dwellings, and Increase in population. Rows for years 1897-1902.

Hieraus ersieht man, daß gerade im letzten Jahre die Bevölkerungszunahme gegen die Vorjahre, und namentlich gegen 1897 und 1901, fast zurückgefallen ist...

Eine solche Schlussfolgerung wäre jedoch grundfalsch. Genauso es stehen in Hamburg Wohnungen leer...

In den Zahlen der Bevölkerungszunahme, soweit diese auf Zugang beruht, kommt natürlich die Wirkung der Krisis zum Ausdruck...

Über der Bevölkerungszunahme (dem Wohnbedürfnis) und dem Zugang von Maurern insbesondere kommen für eine Lohnbewegung im Baugewerbe natürlich noch andere Faktoren in Betracht...

Es ist ja bekannt, daß die Altkammern ("Freie Vereinigung") im vorigen Jahre der Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen aktiv wie passiv hindernd im Wege gestanden haben...

der Organisationen und auf die Verdienste des Bauarbeiters...
 der Organisationen und auf die Verdienste des Bauarbeiters...
 der Organisationen und auf die Verdienste des Bauarbeiters...

Geschäftsbericht der Schlesisch-Posen'schen Baugewerks-Vereinsgenossenschaft pro 1901.
 Die Organisation der Vereinsgenossenschaft hat im Berichtsjahre...
 Die Zahl der Betriebe ist von 7711 auf 7874...
 Die Zahl der beschäftigten Arbeiter dagegen von 106048 auf 104386 zurückgegangen...

Section	Beschäftigte Ende 1900	Beschäftigte Anfang 1901	Beschäftigte Ende 1901
I. Breslau	2805	149	92
II. Liegnitz	1881	100	78
III. Oppeln	1459	82	59
IV. Posen	1805	94	61
V. Gnesen	811	68	35
Summa	7711	486	323

Nach dem Bericht waren davon 106 Betriebe, die bis zu M. 100 Jahreslohn nachweisen, 1049 Betriebe von M. 100-500, 1644 Betriebe die M. 500-1000, 1718 Betriebe die M. 1000-2000, 761 Betriebe die M. 2000-3000 usw. Jahreslohn für die Umlage nachgewiesen hatten. Großbetriebe mit M. 75 000-100 000 zählte man 64, M. 100 000 bis 150 000 : 48, M. 150 000-200 000 : 19, M. 200 000 bis 250 000 : 1, M. 250 000-300 000 : 2, M. 300 000-400 000 : 4. Die vier größten Betriebe waren in Section I, Breslau, einer, und Section III, Oppeln, drei.

Für die Jahresumlage rechnet der Bericht mit 7921 Beschäftigten, wie folgt auf Arbeiterzahl und Löhne ausgerechnet:
 Sect. I: 2381 Betriebe mit 84261 Arb. u. M. 2088648,88 Arb. u. M. 11880
 II: 1880 " 21882 " 12377740,05 "
 III: 1466 " 27386 " 13552078,55 "
 IV: 1842 " 14288 " 7845566,75 "
 V: 852 " 6829 " 3779209,65 "
 Sa.: 7921 Betriebe mit 104386 Arb. u. M. 58441048,28 Arb. u. M. 59 659 885,15, also ein Einlen der Jahreslöhne um M. 903 015,73.

Für die einzelnen Sectionen war im Jahre 1901 der Durchschnittslohn einer versicherten Person:
 Section I: Breslau M. 609,63 M. 607,20 + M. 2,43
 II: Liegnitz M. 565,68 M. 581,81 + M. 16,15
 III: Oppeln M. 794,85 M. 489,62 - M. 5,28
 IV: Posen M. 559,28 M. 545,34 - M. 13,94
 V: Gnesen M. 553,41 M. 571,89 + M. 17,98

Wie niedrig sind doch diese Durchschnittslöhne zu 220 Arbeitstagen pro Jahr gerechnet! Kann der Bauarbeiter damit die so viel empfohlenen Ersparnisse machen, von dem Rest des Jahres damit auskommen zu können? Die Bauherren mögen dies mit vornehmen! Ohne Lüge's Redezeit wird sich ihnen wohl unmöglich sein! Die Durchschnittslöhne sind in den Sectionen Liegnitz und Gnesen ganz erheblich zurückgegangen. Ein Zehnten der Zeit versichert waren im Durchschnitt 57 912 Maurer.

Nachfolgende interessante Tabelle giebt uns Aufschluss über die Zahl der Gewerkszweige, berichtete Personen und Unfälle des Jahres 1901:

Gewerkszweige	Berichtete Personen	Zahl der gemeldeten Unfälle	Zahl der Verletzten	Zahl der entlassenen Verletzten
1. Architekten	87	—	—	—
2. Tapetierer	737	8	10,85	3
3. Dienster	1844	13	7,05	4
4. Maler	548	12	21,90	2
5. Maler zc.	6433	76	11,81	17
6. Baustoffler	825	14	16,95	4
7. Fingeleien	8132	2	2,41	2
8. Steinleger	3011	99	31,61	22
9. Klempner	2096	46	21,95	17
10. Bildbauer zc.	993	32	32,23	7
11. Staffature	42	4	95,24	—
12. Schlosser	1294	56	44,80	16
13. Gas- und Wasseranlagen	57912	2001	34,55	899
14. Maurer	18069	897	49,65	197
15. Zimmerer	1991	91	45,71	36
16. Dachbeder	999	124	124,42	40
17. Fuhrwerke	446	34	76,23	10
18. Säb- u. Holzgerätherei	177	10	56,50	7
19. Steinbruch	2000	133	66,50	67
20. Wartung v. Dampfmaschinen	98	37	37,50	12
21. Freibaugen	40	14	35,00	7
22. Abbruchbetriebe	368	30	81,97	4
23. Schiffbauer	188	5	26,21	3
24. Mühlenbauer	859	29	—	9
25. Sonstige				
Summa	104989	3840	36,58	895

Die Zahl der gemeldeten Unfälle betrug also 3840, so daß auf 1000 versicherte Personen 36,58 Unfälle entfielen. Entschädigt wurden jedoch nur 895 Unfälle = 24 p. Zt. der gemeldeten Fälle. Es blieben also 2945 Unfälle = 76 p. Zt. gar nicht entschädigt! Das alte Lieb!

Ueber „Unglücksfälle und Vorgänge“, bei welchen sich die entschädigten Unfälle ereignet haben sollen, giebt uns der Bericht wie folgt Aufschluß: An Motoren, Transmissionsen zc. 61 Unfälle, Fahrstühle, Aufzüge 13, Sprengstoffe zc. 2, feuergefährliche Stoffe zc. 64, Zusammenbruch, Einsturz zc. 163, Fall von Leitern, Treppen zc. 369, Auf- und Abhaken 99, Fuhrwerke 41, Eisenbahnbetrieb 22, Thiere 8, Handwerkszeuge 50, Sonstige 6.

Gewachsene männlichen Geschlecht... 848
 weiblichen ... 14
 Jugendlige männlichen ... 39
 weiblichen ... 4
 Die Folgen der Unfälle waren nach dem Bericht: In 83 Fällen Tod, 489 völlige Erwerbsunfähigkeit, 889 theilweise Erwerbsunfähigkeit, 208 vorübergehende Erwerbsunfähigkeit.

Die Geschlechten hinterließen der Vereinsgenossenschaft zur Versorgung 66 Wittwen, 116 Kinder und einen Waisenknaben. Die Verletzten hatten im Berichtsjahre 438 Verurteilungen auf schiedsgerichtliche Entscheidungen gestellt. Davon wurden durch Abweisung der Verletzten 815 Fälle...
 Erhöhung der Rente ... 40
 Verurteilung der Vereinsgenossenschaft ... 26
 Vergleich ... 23
 Zurücknahme der Verurteilung ... 10
 Wiedereingabe oder Einstellung der Rente ... 24

Daraus ersieht man deutlich das „Miß“ der armen Verletzten! Welche Hoffnungen setzen die auf ein Schiedsgericht? Wie sieht man den Tag der Entscheidung herbei? Was ist das Resultat? In 316 Fällen = 72 p. Zt. der Verurteilungen direkte Abweisung der Klagen! Es waren ja doch nur „Simulanten“, denen ihr „Recht“ so wurde!
 Nur 104 Verletzte hatten sich zum Refuzus entschlossen. Auch das Reichs-Versicherungsamt hat von diesen 104 Verletzten der Verletzten 83 = 80 p. Zt. glatt als unbegründet abgemeldet! Nur in 10 Fällen wurde die Vereinsgenossenschaft zur Entschädigung verurtheilt, in 8 Fällen die Rente etwas erhöht. Anders erging es natürlich der Vereinsgenossenschaft. Von ihren 6 Refuzus hatten allein 4 = 66 p. Zt. Erfolg! Die Gerechtigkeit trägt eine Binde, wenigstens sieht man sie so dargestellt!

Die Ausgaben der Vereinsgenossenschaft betragen im Berichtsjahre: Für Heilverfahren, 505 Personen, M. 21 029,78; für Renten an Verletzte, 4530 Personen, M. 686 978,16; Sterbegeld, 108 Personen, M. 5805,10; Renten an Wittwen, 772 Personen, M. 102 056,35; Abfindung an Wittwen im Falle der Wiederbeschäftigung, 10 Personen, M. 4363,70; Renten an Kinder, 254 Personen, M. 99 416,79; Renten an Waisenknaben, 27 Personen, M. 8481,31; Kur- und Pflegekosten, 262 Personen, M. 34 137,35; Kapitalabfindung an Verletzte, 4 Personen, M. 1875,75; an Angehörige, 8 Personen, M. 1419,45. Im Straßenschnitt haben also die abgekauften Zahlen der M. 418, die „Ausländer“ je M. 470 „Kapital“ ausgezahlt erhalten! Die reinen Kapitalisten! Ich!

Der Meister des Berufsvereins der Vereinsgenossenschaft ist also finanziell nicht schlecht gestellt, kann aber auch nach dem schonen Umlageverfahren alljährlich ihre Einnahmen regulieren. Trotzdem sucht man im Bericht vergeblich nach dem „Ergebnis“ der Kontraktarbeiten, der technischen Beamten der Vereinsgenossenschaft! In dem bisherigen Teil finden wir keine Zeile darüber. Im Ausgabenteil figurirt der „hohe“ Betrag von M. 244,50 für Ueberwachung der Betriebe! Wie viel Beamte waren für diese Summe thätig? Für diesen Preis arbeitet ein oberprüflicher „Hilfszeuge“, folglich kann kein technischer Beamter thätig gewesen sein. Unter dem vielversprechenden Titel „Kosten für Unfallversicherung“ finden wir M. 4027,14 eingezeichnet. Doch ist hierbei der Zulag: „bezug. Fünfjährige für Verletzte in den ersten 13 Wochen nach dem Unfall“, besonders zu beachten. Diese lumpige Summe von M. 4000 hat man aber für das Heilverfahren innerhalb der ersten 13 Wochen des Unfalles ausgegeben, um die Rente zu sparen und sucht sie nach berühmten Mustern als „Kosten für Unfallversicherung!“ Es wäre fast zum Lachen, wenn die Sache nicht gar zu traurig wäre. Nobel ist natürlich die Vereinsgenossenschaft gegen ihren Vorliegenden, das muß man ihr lassen! Dieser Unternehmer erhalt für seine ehrenamtliche Thätigkeit M. 6000 pro Jahr als „Entschädigung für Zeiterlust“ ausgezahlt! Dankbare Unternehmer! Wenn das bei Krankentassen passirte, die von Arbeitern geleitet werden? Welch ein Geschrei würde sich da erheben!

Als Anfang zum Bericht giebt man die „Schwarze Liste“ der zahlungsunfähigen Unternehmer, die ihre Beiträge „vergessen“ halten abzulesen. Genau nach Namen und Stand haben wir jedoch dieser Unternehmer jeder Section bezuzeichnet. Mit einem „Stern“ sind diejenigen extra ausgezeichnet, bei denen auch der Offenbarungseid fruchtlos blieb. Ein famoses System, die schwarze Liste! Jedenfalls sind diese Unternehmer diesen Anfang lieber als den ganzen Geschäftsbericht, da es sich um Kreditverhältnisse handelt, der Geschäftsbericht selbst ja schwer verdaulich ist.

„Schlesisch-Posen“ scheint kein Eldorado für Bauarbeiter zu sein!
Baugewerbliches aus der Schweiz.
 Vorschriften über den Bezug neuer Wohnungen. — Wohnungsvermehrung und Bevölkerungszunahme. — Bauhaftigkeit (in Genf).

In der Stadt Bern ist am 14. Dezember 1902 in der Volksabstimmung mit 4399 gegen 739 Stimmen eine Verordnung betreffend den Bezug neuer städtischer Wohnungen, angenommen worden, die einen beachtenswerthen Schritt zur Förderung der öffentlichen Gesundheitspflege darstellt. Die Verordnung umfaßt 12 Artikel und enthält folgende wesentliche Bestimmungen: Wohn- und Arbeitsräume in Neubauten (An-, Auf- und Umbauten) dürfen erst bezogen werden, wenn sie seitens der Gemeindeförderung besichtigt und als trocken und bezugsfähig erklärt worden sind. Die Besichtigung findet dreimal statt: 1. nach Fertigstellung des Rohbaues, 2. drei Wochen vor dem in Aussicht genommenen Bezug, 3. bei Vollendung des Rohbaues ist der städtischen Baubehörde schriftlich Stemmzahl zu geben. Das Gebäude gilt als im Rohbau vollendet, wenn lammliche Mauern und Kamine fertig gestellt sind und der Bau eingedeckt ist. Die bautechnische Besichtigung des Rohbaues durch die städtische Baubehörde erfolgt längstens acht Tage nach Anmeldeung der Fertigstellung des Rohbaues und wenn derselbe befriedigend be-

Vom Bau.

Anfälle, Arbeiterschutz, Baustrafen etc.
 Biffa i P. Am Dienstag, den 24. März, ereignete sich am heiligen Jakobsbau ein schwerer Unfall, der den Tod des dortigen Arbeiters zur Folge hatte. Der Maurer Heinrich Meier aus Schwanden stürzte sich, um besser an das Mauerwerk heranzukommen, auf einen Balken. Dieser stürzte um und Meier stürzte durch die Fensterrahmen der zweiten Etage in das Innere und zwar, da die Balkenlagen nicht abgedeckt waren, bis in den Keller. Hier blieb er schwerverletzt liegen. Mittels Frontenwagen wurde der Verunglückte in das Krankenhaus geschafft, wo er nach einer Stunde unter qualvollen Weiden verstarb. Wie viele solcher Opfer müssen noch gebracht werden, ehe auf dem Gebiete des Bauarbeiterschutzes gründlich Wandel geschafft wird.
 München. Beim Rathhausneubau stürzte ein 14jähriger Tagelöhner aus etwa 10 m Höhe ab und erlitt hierdurch schwere innere Verletzungen und Hauptabstürzungen im Gesicht.

funden wird, ist innerhalb acht Tage hierüber dem Bauherrn eine Bescheinigung auszustellen. Der äußere Verputz darf erst nach 90 Tagen von der Ausfertigung dieser Bescheinigung an gerechnet, der innere Verputz erst nach der Abnahme des Mobiliares aufgebracht werden. Für äußere hölzerne Verkleidungen und Bekleidungen an Pfingsttagen beträgt die Frist mindestens 30 Tage. Die Auffüllung der Schieb- läden soll erst nach Erteilung des inneren Verputzes erfolgen — es darf dazu nur trockenes Material verwendet werden. Der Bezug von Möbeln oder Arbeitsstücken in Neubauten mit Umfassungsmauern von Stein darf erst sechs Monate nach Ausfertigung der erwähnten Bescheinigung erfolgen. Einzig bei Gebäuden, die im Monat März im Mobilia- ren vollendet werden, da-f die Bewilligung nach Ablauf von fünf Monaten ertheilt werden. Bei Kling- oder Holzbauten (Chalets), Ans. Auf- und Umbauten darf die Behörde den Bezug früher gestatten, wenn sich aus der vorgenom- menen Besichtigung ergibt, daß die Räume, sie in- selbige Verwendung trockener Materialien oder künstlicher Mittel vollständig ausgetrocknet sind. Wenigstens drei Wochen vor dem in Aussicht genommenen Beginn der neuerstellten Lokale und bevor die Wände tapetiert sind, ist bei der städtischen Bauinspektion das schriftliche Gesuch um Er- theilung der Bezugsbewilligung einzureichen. Die Bewilli- gung zum Bezug der neuerstellten Lokalitäten erfolgt auf Grund eines zweiten Augenscheines, welcher feststellt, daß die Räume in allen Theilen fertiggestellt und trocken sind und daß aus dem Zustand der Bauten für die Bewohner sani- täre Nachteile nicht entstehen können. Die Bezugs- bewilligung wird in der Regel für das Ganze und nicht für einzelne Theile ausgetheilt. Im Falle des unerlaubten Bezuges einer gesundheitsgefährlichen Wohnung kann deren Räumung verfügt werden. Die Kosten der durch diese Ver- ordnungen vorgeschriebenen Besichtigungen und hierauf be- züglichen Verfügungen fallen dem Bauherrn nach einem vom Gemeinderathe (Magistrat) aufzustellenden Tarif zur Last. Die Uebertretung der Verordnung wird mit Geldbusen von Frs. 10 bis Frs. 200 bestraft und fallen diese Busenbeträge in die Gemeindekasse. Die Verordnung tritt am 1. Mai in Kraft.

In der der Verordnung beigegebenen Begründung wird unter Anderem darauf hingewiesen, daß die bisher in Kraft bestehenden Bestimmungen und Verordnungen von 1839, 1853, 1877 und 1880 zwar Bestimmungen über die Benutzung der Wohnungen enthalten, aber dieselben sind zu allgemein ge- halten und was die Sanitätsfrage ist, sie sehen nur eine Ruhe bis zu Frs. 14 im Maximum vor. In zweifelhaften Fällen war vorgeschrieben, daß zwei Sachverständige über den inneren Gehalt des Wohnraumes, die Lage desselben in Bezug auf den Genuß der Sonne, Lüftungsfähigkeit, Heiz- und Trockenheit entscheiden sollten.

Die neue Verordnung ist zu begrüßen und zu wünschen, daß sie auch ernsthaft durchgeführt wird. Bei dieser Gelegen- heit sei bemerkt, daß die Stadt Bern auch zu den wenigen Schweizerstädten gehört, welche besondere Arbeiter-Ge- sundheitskontrolleure besitzen. Der Berner Gesundheitskontrolleur ist von Beruf Klempner und ein organisirter Arbeiter.

In der schweizerischen Presse macht eine Statistik über die Vermehrung der Bevölkerung in der Schweiz von 1859 bis 1899 die Rede. In den 15 größten Schweizerstädten in dem Zeit- raum 1859 bis 1899 die Rede. Leider ist nur für die Wohnhäuser die absolute Zahl angegeben, für die Wohn- bevölkerung aber nicht. Darnach bemerkt sich die Zahl der Wohnhäuser um 12 575 in Schätzungsgrößen von 400 Milli- onen Franken, wobei durchschnittlich ein Haus zu Frs. 30 000 angenommen ist. Die größere Hälfte dieser neuen Häuser ist in der zweiten Hälfte des Jahrzehnts entstanden, nämlich 6802 oder 54,1 pht., während 5775 oder 45,9 pht. in der ersten Hälfte des Jahrzehnts gebaut wurden. Diefen Ver- hältnissen der Bauwirtschaft entspricht auch der allgemeine Wirtschaftslage, die in den Jahren 1895, 1896, 1897 und 1898 eine bessere war. Die große Mehrzahl der Neubauten entfällt auf die Städte Zürich, Basel, Bern, Biel und Winterthur.

Die relative Vermehrung der Bevölkerung und der Wohnhäuser in den genannten zehn Jahren betrug in

	Bevölkerung	Zunahme der Wohnhäuser
Zürich	79,5	68,9
Basel	42,3	52,8
Winterthur	40,9	40,6
Freiburg	35,3	15,0
Lausanne	31,3	33,6
Biel	30,3	34,0
St. Gallen	28,5	14,7
Chaux-de-Fonds	25,2	24,3
Neuchâtel	24,1	28,0
Bern	19,4	51,5
Genève	18,5	1,5

Demnach war in Basel, Lausanne, Biel und Bern die Vermehrung der Wohnhäuser größer, als die der Bevölle- rung, besonders stark in Bern; Winterthur, Chaux-de-Fonds und Neuchâtel zeigen eine fast gleichmäßige Entwick- lung der Bevölkerung, während in Zürich, Freiburg, St. Gallen und Genève die Vermehrung der Wohnhäuser hinter denjenigen der Bevölkerung zurückgeblieben ist, ganz ge- waltig in Genève, dessen Entwickelung in schroffem Gegen- satz zu derjenigen Berns steht. Interessanter Weise ist aber trotzdem in Bern die Wohnbevölkerung mit 12,8 Per- sone auf ein Wohnhaus eine größere, als in Genève, wo im Durchschnitt nur 10,3 Personen auf ein Wohnhaus kommen; dabei ist in Bern die Wohnbevölkerung von 18,4 auf 12,8 Per- sone pro Wohnhaus zurückgegangen, also eine Besserung im Wohnverhältnis eingetreten. In den anderen Städten ist die Wohnbevölkerung pro Haus folgende: Chaux-de-Fonds 17,3, Zürich 16,3, St. Gallen 16, Biel 14,7, Sole 14,4, Frei- burg 12,6, Lausanne 13,2, Yverden 13,1, Bern 12,3, Neu- châtel 12,7, Basel 12,6, Winterthur 11,6, im Durchschnitt aller Städte 13,6 Personen pro Wohnhaus. Jedenfalls existiren aber in allen Städten noch immer Mängel im Wohnungs- wesen in großer Zahl und von mangelhafter Art.

In Genf gab es in den letzten Jahren eine rege Bau- tätigkeit. Eine Wohnungsuntersuchung durch das städtische Amt stellte fest, daß man allgemein besser und kostspieliger zu wohnen beginnt als früher, denn in den letzten fünf Jahren hat sich die Zahl der Familien, die Frs. 100 bis Frs. 200 jährlich an Miete bezahlen, um 1287 vermindert. In der gleichen Periode hat die Bevölkerung Genfs um rund

8000 Familien zugenommen; 2600 derselben, besten Wohn- ungen, die Frs. 400 bis Frs. 600 Miete kosten. Mithin wird die rege Bautätigkeit nicht nur durch die Bevölkerungs- zunahme, sondern auch durch die gesteigerte Nachfrage nach besseren Wohnungen veranlaßt. Da die Immobilienlage in der Stadt Genf Frs. 717 000 einträgt, und eine drei- prozentige Steuer vom reinen Ertrag darstellt, so darf dieser zu Frs. 23 900 000 pro Jahr berechnet werden, mit anderen Worten, der Werth sämtlicher Immobilien be- ziffert sich auf eine halbe Milliarde und hat sich in den letzten 15 Jahren um annähernd die Hälfte vermehrt.

Jüngst hat sich eine Gesellschaft für Erstellung von Arbeiterwohnungen in dem industriereichen Dorfe Versoix gegründet. Für ein Zimmer mit Küche soll sich der Nieht- zins im Monat auf Frs. 13 1/2 stellen, für zwei Zimmer nebst Küche mit Platz für Anlegung eines Gemüsegartchens auf Frs. 22 im Monat. Die besser gestellten Arbeiter, An- gestellten und Kleingewerbetreibenden die engen, sonnens- losen Gassen der alten Stadtteile und gehen in die neuen Stadtheile hinaus, wo Sonne und gesunde Luft eindringen. In der alten Stadt Genf wie übrigens in allen älteren Städten gäbe es enorme Bauarbeiten, wenn man allgemeine Verbesserung des Wohnungswezens und der Straßenverhält- nisse, wie es die öffentliche Gesundheitspflege und der überall gesteigerte Verkehr erfordern, herbeiführen wollte. Sehr viel und mit großen Kosten ist in dieser Beziehung seit Jahren von der Stadt Basel gethan worden.

Aus anderen Bernen.

* Größere Streiks anderer Berufe sind zu verzeichnen: **Tabakerer in Hamburg**; **Uniformschneider in Berlin**; **Landschaftsgärtner in Berlin**; **Klempner in Götting**; **Rauher allgemeinen Auslieferung Kroppen** wieder einmal die Arbeiter der Holzverarbeitungsfabriken in Berlin, weil in einigen Fabriken (Vorbereitung für Fischer) die Arbeiter in den Streik eingehtreten sind. — In Differenzen, die möglicher- weise zum Streik führen, befinden sich die **Berliner Sulfattreuer** mit ihren „Arbeitgebern“.

Eine starke Währung besteht unter den **Kostenländern** und sonstigen Hakenarbeitern in den **Unterweserorten**. Vor einiger Zeit waren zwischen den Arbeitern und der Firma Finck Differenzen ausgebrochen, die aber alsbald beigelegt wurden. Nun hat sich die große Schiffahrtsgesellschaft „Nordde Lloyd“ dazu befinden gestellt und verlangt, daß die ihr und den von ihr abhängigen Zwischenunternehmern beschäftigten Arbeiter aus der Organisation, dem Gesenarbeiterverband, austreten sollen. Nach den Berichten bürgerlicher Zeitungen sollen bereits 1100 Arbeiter ihren Austritt aus dem Gesenarbeiterverband erklärt haben. Diese Angabe dürfte aber kaum auf Wahrheit beruhen. Jedenfalls ist die Folge des Vorgehens des „Lloyd“ noch garnicht abzusehen.

* **Ausland.** In Bern (Schweiz) bestehen die Differenzen zwischen den Arbeitern und Unternehmern im Baugewerbe noch in vollem Umfange. In Basel und Zürich stehen Lohnbewegungen in Aussicht. Von allen drei-Orten ist daher nach wie vor Bezug fernzuhalten. — In Mailand (Italien) stehen etwa 1500 Steinarbeiter im Streik. Sie fordern Anerkennung der Organisation und Regelung des Arbeits- verhältnisses. — In Amsterdam (Holland) stehen etwa 1000 Arbeiter im Streik. Es ist zu befürchten, daß die Unternehmer zu einer Aussperrung sämtlicher Bauarbeiter greifen, am die Forderungen der Streikenden abzuweisen. — In Kristianland (Norwegen) drohen die Bauunternehmer mit der Aussperrung der Maurer, um den Lohn herab- zuwürdigen zu können. — In den Vereinigten Staaten von Nordamerika scheinen im Baugewerbe schwere Kämpfe bevorzustehen. Die Unternehmer versuchen, die „exorbitanten“ Löhne der Maurer herabzubringen.

Gewerbliche Rechtspflege und Arbeiterversicherung.

* **Der Tod als Folge einer Fingerverletzung ein Betriebsunfall.** Der Maurer Wilhelm B. aus St. war beim Bau einer Wohnbrücke in B. beschäftigt. Dabei fiel ihm an einem Tage im November 1901 ein Maurerstein auf den Zeigefinger der rechten Hand. B. zeigte den verletzten Finger sofort seinem Kollegen, dem Maurer G., und sagte, daß er soeben von einem herabfallenden Ziegelstein getroffen sei. „B. verband“ den Finger und arbeitete weiter. Er wurde in den darauffolgenden Tagen nach einer anderen Arbeit geschickt und mußte Stenmarbeiten verrichten. Nunmehr schwellen der Finger sowie der Gendrüsen ganz böser- artig an und B. mußte ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen. Es war eine Felleingewebsentzündung eingetreten, die einen operativen Eingriff nötig machte. Der Arzt gestattete dem B. nach einigen Tagen, wieder weiterzuarbeiten. Am 17. Januar 1902 fiel sich B. an den rechten Ellenbogen, während er beim Fundamentabwischen beschäftigt war, und hierbei sprang die noch nicht ganz zugeheilte Wunde des Fingers auf. Der Arm schwoh stark an und nach drei Tagen, am 20. Januar, verstarb B. infolge Blutergießung. Nunmehr stellte die Witwe für sich und ihr minderjähriges Kind bei der Berufsgenossenschaft den Anspruch auf die gesetz- liche Hinterbliebenenrente gemäß § 15, 16 des G.-L. B.-G. Die Berufsgenossenschaft lehnte die Rentengewährung ab und auch das. Schiedsgericht wies die Berufung zurück. Da der Unfall „nicht angetrieben“ sei.

Der von der Witwe eingelegte Rekurs beim Reichs- Versicherungsamt hatte Erfolg. Das Rekursgericht schloß sich den Ausführungen des Vertreters der Mäglerin an, hob die Entscheidung des Schiedsgerichts auf und bewilligte die Norddeutsche Lloyd-Gesellschaft die Zahlung der Hinterbliebenenrente unter folgender Begrün- dung: „Nach den glaubhaften Angaben der Zeugin G. und G. und den Angaben der klagenden Witwe muß man annehmen, daß die Verletzung beim Bau der Wohnbrücke erfolgt ist. B. hat sie nicht bedacht; es stellte sich eine Entzündung des Gendrüsen ein, die einen Eingriff erforderlich machte.“ Die Operationswunde war am 13. Januar 1902, während B. weiterarbeitete, noch nicht geschlossen. An diesem Tage erhielt er einen Stoß gegen den Ellenbogen, wobei aber zugleich ein Sepsis in die Operationswunde eingedrungen sein muß. B. erkrankte unter den Erscheinungen einer acuten Blutergießung, die bly- artig fortschritt und zum Tode führte. Die Verletzung im Verlaufe im November 1901 ist also mittelbar die wesentlich mitwirkende Ursache des Todes gewesen. Gatte B. sei nicht

erkrankt, so wäre der operative Eingriff nicht erforderlich gewesen, und ohne diesen wäre die Blutergießung nicht eingetreten. Ob B., indem er mit der offenen und ungenügend verbundenen Wunde weiterarbeitete, unvorsichtig gehandelt hat, kann dahingestellt bleiben, da es für die Beurtheilung ohne Belang sein würde.“

* **Berufsgenossenschaften und Vertrauensärzte.** Dem Arbeiter F. fiel am 30. August 1901 ein Balken auf den Fuß und verurteilte ihm eine blutende Entzündung. Nachdem er mehrere Monate von einem anderen Arzt be- handelt worden war, kam er in die Behandlung des Dr. Roemert, des bekannten Berliner Vertrauensarztes der Norddeutschen Bau-Berufsgenossenschaft, mit dessen Gutachterthätigkeit wir uns schon öfter beschäftigt haben. Am 11. April 1902 wurde F. von Dr. Roemert als geheilt und bllig erwerblich entlassen, mußte aber schon am nächsten Tage abermals ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen, die er bei einem anderen Arzt fand. Diese Be- handlung dauerte noch bis 31. Mai, ohne daß jedoch F. die volle Erwerbsthätigkeit wieder erlangte.

Der Rentenanspruch des Verletzten wurde von der Berufsgenossenschaft abgelehnt unter Berufung auf das Gut- achten des Dr. Roemert vom 10. April. Schon das ist mehr als eigentümlich. Es stellt fest, daß der Verletzte bis 31. Mai in ärztlicher Behandlung geblieben hat, die Berufs- genossenschaft aber gründet ihren ablehnenden Bescheid auf ein Gutachten vom 10. April. Eine noch stärkere Ent- scheidung führte Dr. Roemert darauf zurück, daß dies bei Eintrern oft vorkomme und mit dem Unfall nicht in Ver- bindung stehe. Auf Veranlassung des Schiedsgerichts, das F. anrief, wurde er vom Medizinalrath Dr. Güller unter- sucht. Dessen Gutachten vom 12. Juni 1902 führt aus, daß die noch bestehende ausgebehete Gontenentzündung eine Folge des Unfalls sei und daß eine Erwerbsbeschränkung von 25 pht. anzunehmen sei. Darauf bewilligte das Schiedsgericht am 1. Juli die Berufsgenossenschaft, dem Verletzten für die Zeit vom 11. April bis 31. Mai, während welcher er noch in ärztlicher Behandlung gestanden, die Vollrente zu zahlen, von da an bis auf Weiteres aber 25 pht. Dagegen legte die Berufsgenossenschaft Mehreres beim Reichs-Versicherungsamt, den sie mit einem Gut- achten des gleichfalls wohlbekannt Dr. Blasius unter- stützte. Dieser Vertrauensarzt konnte auch nichts finden; er glaubte an eine Krampfbildung. Die erstauflächtige Handlung beging aber die Berufsgenossenschaft selbst damit, daß sie gleichzeitig dem Verletzten mittheilte, daß ihm die Rente, die ihm das Schiedsgericht am 1. Juli erst bis auf Weiteres zuerkannt hatte, am 1. August entzogen werde, da er bllig erwerblich sei. Während also das Verfahren auf Veranlassung der Berufsgenossenschaft noch beim Reichs-Versicherungsamt schwebte, setzte dieselbe Berufs- genossenschaft die von ihr angeordnete Entscheidung des Schiedsgerichts mit Hilfe einer ihr allerdings zuzustehenden formalen Veränderung bereits thatächlich außer Wirk- samkeit, und so wurde B. gezwungen, abermals das Schieds- gericht anzufragen, so daß gleichzeitig zwei Instanzen mit derselben Sache beschäftigt waren.

In der jüngsten Verhandlung vor dem Reichs-Versiche- rungsamt nahm der Vorsitzende aus diesem gewiß un- günstigen Vorgang Veranlassung, der Vertreter des Reichs- Versichrungsamts auch gleichzeitig über das beim Schiedsgericht noch schwebende Verfahren mit entschie- dener Stimme zu. Darauf entschied das Reichs-Versiche- rungsamt: Dem Verletzten ist für die Zeit vom 11. April bis 31. Mai eine Rente von 60% pht. und vom 1. Juni bis auf Weiteres eine Rente von 25 pht. zu zahlen. Das noch schwebende Verfahren wegen Entziehung der Rente wird eingestellt, womit natürlich auch der Rentenzahlungs- bescheid aufgehoben ist.

Das ist ebenso deutlich für die Berufsgenossenschaft wie für die Herren Dr. Roemert und Dr. Blasius.

Protest der Krankenkassen gegen die Krankenversicherungs-Novelle.

Ein Kongreß der Krankenkassen hat in Berlin am 15. und 16. März gegen die vom Bundesrath beim Reichstag eingebrachte Novelle zum Krankenversicherungs- gesetz erhoben. Etwa 1200 Krankenkassen (Freie Hülsen-, Oel-, Betriebs- und Innungsstellen) mit annähernd 5 Millionen Mitgliedern waren durch 1120 Delegirte vertreten. Die Tagesordnung des Kongresses umfaßte folgende Punkte: 1. Stellungnahme der deutschen Krankenkassen zu der Regierungsvorlage, der Novelle zum Krankenversicher- ungs-gesetz. 2. Die Bestätigung der Selbstverwaltung der Krankenkassen. 3. Stellungnahme zu der Eingabe der deutschen Verzeigung an den Bundesrath und zu den Beschlüssen des außerordentlichen Verzeigungstages. 4. Stellung- nahme zu der Apothekenfrage. 5. Die Angliederung der Krankenversicherung an die Unfallversicherung. 6. Son- stige Anträge.

Dr. med. Friedberg, Referent zum ersten Punkt, tadelt, daß die Krankenversicherung nicht auf die Land- arbeiter, die Hausarbeiter und die Dienstboten ausdehnt. Als Verbesserungen des bestehenden Zustandes anerkannte er die Unterfertigung der Geschlechtskranken, die Erhöhung bezü. Verlängerung der Wächternormenunterfertigung und die Ausdehnung der Krankenunterfertigung von 12 auf 28 Wochen. Der letzteren Meinung seihe aber auch die Schatzfeste nicht. Da nur eine Erhöhung der Krankentassenbeiträge um 1 pht. vorgesehen ist, so bedeute die Verdoppelung der Krankenbeiträge eine schwere Belastung der Kranken- kassen, die zur Folge haben wird, daß wir statt der jetzigen interstitiellen Unterfertigung während der 12 Wochen eine solche erziehtige Unterfertigung während 26 Wochen be- kommen, was dem Gesundheitszustande der Bevölkerung sehr schädlich werden müßte. Durch Zugangsverlust der Krankenkassen zu Zentralkommisionen, wie in Berlin, und durch die Erziehung eigener Apotheken könnten die Kranken- kassen mit Reichthümlich 20 Millionen Mark erproben, aber die Regierung hat die Wege nicht beschritten. Die Novelle sei aber ganz unannehmbar im Hinblick auf die von ihr beabsichtigte Belastung der Selbstverwaltung. Die Krankenversicherung könne durch die Novelle nicht gefördert werden, und es würde nichts geschadet haben, wenn die Regierung mit der Vorlage gewartet hätte, bis sie einen wirklichen Organisationsplan hätte vorlegen können.

Arbeitersekretär Graf Frankfurt a. M. behandelte die...

Die Novelle der Regierung zum Krankenversicherungs...

Gegenüber den arbeitereindlichen Bestrebungen der...

Gräßdorf-Dresden besprach die Angliederung der...

Von den zahlreichen weiteren Resolutionen erwähnen...

Eingegangene Schriften.

Die Vernichtung der Sozialdemokratie durch den...

In freien Stunden, illustrierte Monatshefte, Heft...

Zentralverband der Maurer.

Bekanntmachung des Vorstandes.

- Am Sonnabend, den 28. März, sind für die Zweigvereins...

Vom Verbandsvorstande bestätigt...

Mis verloren gemeldet...

Marken-Verband.

Vom 28. bis 28. März sind Marken verfaßt worden...

Frankfurt a. d. O. 300 B & 25 A. Friedersdorf 50 B...

Samml. 50 E & 50 A, 100 A & 25. Hermaborn i. b. M...

Wanngrün 400 A & 25 A. Mülln 100 A & 25. Meise...

Oberkasseler 200 B & 30. Osterode i. Br. 100 A & 25...

Die Zeit vom 24. bis 28. März 1903 sind folgende...

Von den Zweigvereinen Leipzig M. 3200, Biffa 180, Dessau...

Für Futterale für Mitgliedsbücher.

Die Zweigvereins-Kassier resp. Einsender von Geldern werden...

Zentralkrankenkasse. (Grundstein zur Einheit.)

In der Woche vom 22. bis 28. März sind folgende Beträge...

Altona, den 28. März 1903.

Anzeigen.

Freienwalde a. d. O. Die Wohnung des Kassiers befindet sich jetzt: Kiesing...

Burg b. Magdb. Der Kassier Carl Knuth wohnt jetzt: Magdeburger...

Köln a. Rh. Das Verbandsbureau der Maurer befindet sich im...

Alle für den Gaudortstand bestimmten Sendungen wollen...

Sterbetafel.

(Unter dieser Rubrik veröffentlichen wir alle Todesfälle der...

Sterberegels.

Ist in der Zeit vom 22. bis 28. März bejagt worden für...

Erklärung.

Da ich gegen die Interessen des Verbandes verstoßen habe...

Ich erkläre hiermit öffentlich, gegen die Beschlüsse der...

Einige „Grundstein“-Einbände 1902, mit Inhaltsverzeichnis...

Verbandsversammlungen der Maurer.

Belzig, Nachmittags 3 Uhr Mitgliederversammlung bei Ziele...

Frankenhäuser (Kyth), Nachmittags 4 Uhr im „Vordorffgarten“...

Granssee, Nachmittags 4 Uhr bei Verbaum auf der Plaueninsel...

Lübben, Nachmittags 4 Uhr im „Weißen Hof“, Tagesordnung...

Rendsburg, Nachmittags 3 Uhr im Lokal des Herrn Reibel...

Templin, Nachmittags 3 Uhr im Lokal des Herrn Reibel...

Zerbst, Nachmittags 4 Uhr. Sachliches Erscheinen erwünscht.

Glogau, Abends 8 1/2 Uhr bei Frau. Um sachliches Erscheinen...

Spandau, Abends 8 1/2 Uhr bei Rabitz, Neumühlstr. 5. Um sachliches...

Guben, Abends 8 1/2 Uhr im Vereinslokal „Hoffgarten“. Um sachliches...

Pasewalk, Nachmittags 4 Uhr Mitgliederversammlung im „Vereinslokal“...

Blitzfeld, Nachmittags 3 Uhr Mitgliederversammlung im Vereinslokal...